

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 50 DM

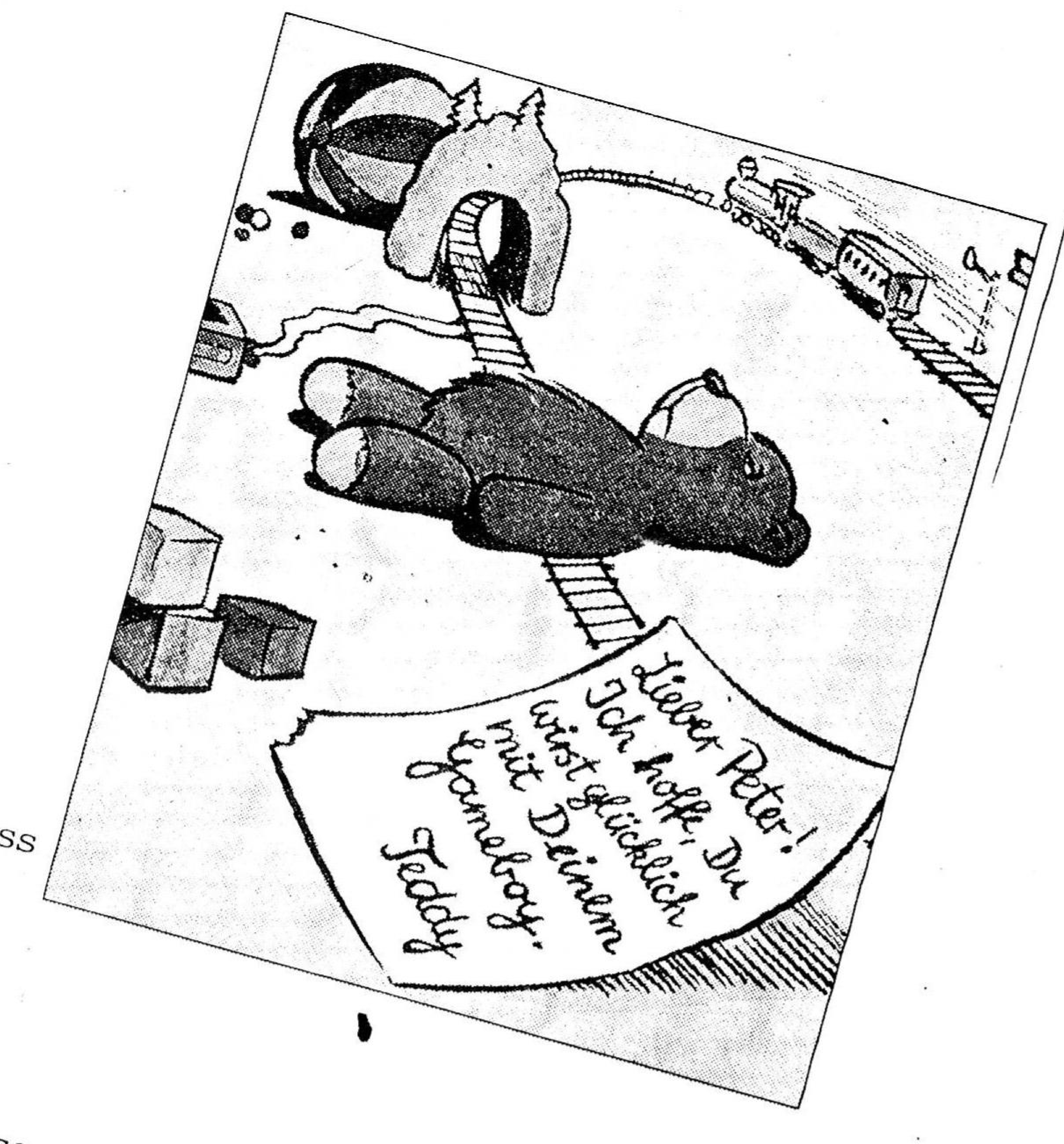
28. September 1995

Nr. 345

Impresssum
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Inhalt

Ordner
- Anarcho-Stalinisten
- Anleitungen
- zu Emil Carlebach
- Anti-Vegan-Satire
- ausführliche Chronologie zu Flüchtlingspolitik & Rassismus

Berlin wird Zentrum des deutschen Genomprogramms

Rüttgers: Rückstand in der Biotechnik aufholen

BERLIN (wez). Das Max-Planck-Institut für Molekulare Genetik in Berlin-Dahlem wird Zentrum des deutschen Programms zur Erforschung der menschlichen Erbinformation, kurz humanes Genomprojekt genannt. Das sagte Forschungsminister Jürgen Rüttgers am Montag bei einem Besuch des Instituts. Das deutsche Genomprojekt habe zusammen mit anderen Initiativen zum Ziel, den Rückstand der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Biotechnik wettzumachen.

Deutschland sei aufgrund falscher politischer Entscheidungen in den 80er Jahren, wie dem zu strengen Gentechnik-Gesetz, zurückgefallen. Die Biotechnik habe eine zentrale Bedeutung für die Zukunft und den Wirtschaftsstandort. „Deutschland soll bis zur Jahrhundertwende Nummer eins in der Biotechnik werden", sagte Rüttgers. Die notwendigen politischen Voraussetzungen dafür seien geschaffen.

Rüttgers bedauerte, daß viele Forscher der Bundesrepublik in den letzten Jahren den Rücken gekehrt hätten. Deshalb sei es ein „wichtiges politisches Signal", daß der Österreicher Hans Lehrach das Ressourcenzentrum des Genomprojekts leiten werde. Bevor er an das Berliner Max-Planck-Institut wechselte, arbeitete der Chemiker Lehrach an einem Londoner Krebsforschungsinstitut. Das Ressourcenzentrum koordiniert das Forschungsprogramm und stellt das Untersuchungsmaterial – menschliche Erbsubstanz – bereit. Insgesamt fördert der Bund das Genomprojekt bis 1999 mit rund 200 Millionen Mark. Der Aufbau des Ressourcenzentrums wird mit 24 Millionen Mark unterstützt, wovon das Dahlemer Max-Planck-Institut 20 Millionen erhält.

Rüttgers kritisierte die hessische Landesregierung, die Kongresse von Gentechnik-Gegnern finanziell unterstütze. „Ich bin deshalb nicht mehr bereit, Gentechnik-Projekte in Hessen zu unterstützen." Um einen ähnlichen Konflikt in Berlin zu vermeiden, habe er mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen gesprochen; Diepgen habe ihm Unterstützung zugesagt.

Staatsanwälte ermitteln wegen Gen-Mais

STUTTGART (lsw). Nach der Zerstörung der ersten baden-württembergischen Freiland-Versuchsfläche mit transgenem Mais ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung gegen Unbekannt.

Die Täter hatten das Feld mit gentechnisch verändertem Mais bei Renningen (Kreis Böblingen) am Freitag zerstört. Damit wurden weitere wissenschaftliche Untersuchungen in diesem Jahr unmöglich gemacht. Für den Versuch zeichnet das Institut für Phytomedizin der Universität Stuttgart-Hohenheim verantwortlich. Es will 1996 einen neuen Versuch starten. Mit dem Projekt wollen Wissenschaftler herausfinden, ob mit transgenem, gegen ein Unkrautvernichtungsmittel resistent gemachten Mais einfachere und umweltverträgliche Produktionssysteme entwickelt werden können. Anfang Juni war ein weiterer Freilandversuch mit gentechnisch verändertem Mais bei Buggingen im Hochschwarzwald am Widerstand einer Bürgerinitiative gescheitert.

Die Weltfrauenkonferenz ist beendet
Wir haben am 19. September die Firma Bender&Co mit Brandsätzen angegriffen.

Das ist der Schlußpunkt, den wir setzen.

Zu **BENDER&CO**

Sie ist die Tochtergesellschaft des deutschen Boehringer-Ingelheim-Pharma- und Gentechnikkonzerns. Gemeinsam mit dem weltweit größten Gentechnikkonzern, der Genetech (USA) bekamen sie vom österreichischen Staat in Wien ein Forschungszentrum finanziert. Ebenso zuvorkommend zeigt sich der Staat auf der gesetzlichen Ebene, wo die Einschränkungen für die Gentechnologie bestenfalls kosmetischen Charakter haben. Mit hochgespielten Ethik-Diskussionen wird kaschiert, daß die Entscheidungen längst gefallen sind.
Die Gentechnologie ist eine der wichtigsten Entwicklungsindustrien und die Staatsapparate haben den enstprechenden Rahmen dafür bereitzustellen. Mit der gentechnologischen Manipulierbarkeit von Pflanzen und Tieren ist Hunger eine perfektionierte Waffe und die Nahrungsmittelindustrie hat verstärkt militärische Bedeutung. Gentechnologisch werden neue biologische Kampfstoffe entwickelt. Die Entschlüsselung der menschlichen Genstruktur, die mittels Forschung an Embryos ermittelt wird, ist das nächste große Ziel der Gentechnologen. Sie ermöglicht die gezielte Manipulierung von Embryos, Transplantationsorganproduktion, Menschenproduktion - eine neue Qualität von Bevölkerungspolitik wird möglich.

Zur Konferenz:
Die Inhalte der Konferenz gingen in der Berichterstattung der letzten Wochen in der Empörung der Delegiert/innen über die Repression, die sie sonst der Opposition und dem Widerstand im eigenen Land an den Hals hetzen, unter.
Eine Woche lang wurde über die 150**seitige** Aktionsplattform diskutiert, **die nichts weiter als konkrete Maßnahmen und Empfehlungen zur Durchsetzung der auf der Frauenkonferenz in Nairobi 1985 festgelegten Ziele definieren soll. Nairobi beendete die UN-"Dekade der Frau",** deren zentrale Themen "Gleichberechtigung - **EntWicklung** - Frieden waren. Gleich zu Beginn der diesjährigen Konferenz wurde mit großem Bedauern festgestellt, daß es auch in den letzten zehn Jahren nicht einmal annähernd Schritte in diese Richtung gegeben habe.
Hinter der scheinbaren Schwerfälligkeit der UNO und ihrer in regelmäßigen Abständen zur Schau getragenen Machtlosigkeit läßt sich gut verbergen, was **in den letzten 10 Jahren über das Wiederkäuen** von unverbindlichen Empfehlungen hinaus geschehen ist.: **Die Situation hat sich v.a. für die Frauen in den unterdrückten Ländern extrem verschärft.** Angetrieben vom Tempo der **weltweiten Krise haben die imperialistischen Mächte den Grad der Ausbeutung weiter in die Höhe geschraubt.** Konkret: die rasante Beschleunigung der Verelendung, dieVertreibung vom Land in die Städte, die Zurücknahme der Subventionen für Grundnahrungsmittel, Massenentlassungen...
Die Krise erfordert die Vernichtung von Kapital. Um Platz für neue Investitionen zu schaffen, werden zahllose regional begrenzte Konflikte ständig geschürt und Kriege wie im ehemaligen Jugoslawien immer neu angeheizt - vor allem von den USA.
Wo es keine Rechte gibt, gibt es auch für die Frauen keine Gleichberechtigung. Auch wenn die Krise die Umbrüche alter Lebensformen beschleunigt ist die Richtung dennoch grundsätzlich reaktionär und gegen die Befreiung der Frauen gerichtet. Den Ausweg aus der Krise soll die intensivere Ausbeutung der Frauen bringen und das neue Wirtschaftsmodell wird auf unseren Rücken errichtet. Wo die rasante kapitalistische Entwicklung in den unterdrückten Ländern feudal-patriarchale Strukturen mit sich fortreißt, treten an ihre Stelle die Strukturen kapitalistischer Ausbeutung, werden die Positionen der Frauen in der Gesellschaft und alle sozialen Werte zutiefst erschüttert, und der Platz der Frauen ist nicht länger nur in der Küche und im Haus, sondern auch auf den Plakatsäulen, am Straßenstrich und am Fließband in den Weltmarktfabriken.
Wenn nach der Konferenz die letzten violetten Fahnen und bunten Regenschirme eingpackt sind, werden jene Gremien, in denen die eigentlichen Entscheidungen fallen (IWF, WB, bestimmte UN-Ausschüsse, Kapitalistenorganisationen wie die Industriellenvereinigung...) aus den vielen auf der Konferenz besprochenen Forderungen und Maßnahmen jene rausgreifen, die in ihre Investitions- und Krisenmanagementstrategien passen. Und nur für diese Projekte gibt es Kredite, nur für diese Frauenorganisationen gibt es Subventionen. Die Programme von IWF und Weltbank werden unter neuen violetten Fahnen das Blut aus den Adern der Frauen in den unterdrückten Ländern pumpen. Die Regierungen des Westens konnten ihr Image mit frauenfreundlichen Forderungen wie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" aufpolieren, auch wenn sich klar abzeichnet, wie Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, bzw. auf Teilzeitarbeit, Heimarbeit und flexibler Arbeitszeit festgenagelt werden sollen, wo das mit dem gleichen Lohn gar nicht mehr so leicht zu durchblicken ist.
Die NGO-Frauengruppen haben ihr Sprachrohr gehabt. Mehr wird anscheinend gar nicht erwartet: **"Auch deshalb ist es wichtig nach Peking zu fahren:** Zeichen setzen, **etwas verändern kann man nur, wenn man dabei ist". Die NGO's werden von Konferenz zu Konferenz** mehr integriert, die **eingeladene** Opposition verschönert das Bild, das demokratische Antlitz der "Entscheidungsfindung auf globaler Ebene" muß von Zeit zu Zeit **bekräftigt** und somit **gewahrt** werden. "Die Konferenz ist **ein Schritt auf dem langen Weg zur Gerechtigkeit"**, deutlicher als mit diesen Worten eines NGO-Mitglieds lassen sich die **Resignation und Desorientierung** dieser integrierten Hofkritikerinnen kaum beschreiben.
Die Definitionsmacht der westlichen Vertreter/innen über das was Emanzipation zu heißen hat, sollte die auch auf der Menschenrechts-, der Bevölkerungskonferenz und dem Sozialgipfel Kopenhagen unterstrichene moralische Überlegenheit der imperialistischen Mächte, allen voran die der USA, bekräftigen. Die notwendigen Feindbilder werden bei dieser Gelegenheit gleich weiter aufgebaut. **Eines der wichtigsten -"DIE Bedrohung der zivilisierten Welt" - ist der Islam. Und so wird die Genitalverstümmelung afrikanischer Mädchen kurzerhand zur "Beschneidung islamischer Mädchen", obwohl sie schon lange zuvor, zur Zeit der Pharaonen, praktiziert wurde.**
Neben dem Thema **"Gewalt gegen Frauen" umfaßt die verhandelte Aktionsplattform Bereiche wie "Bildung", "Ungleichheit in ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen", "Armut von Frauen", "Friedensförderung", "Verhinderung von bewaffneten Konflikten","ungleicher Zugang zu medizinischer Versorgung".**
Hinter letzterem verbirgt sich die Genozidpolitik der imperialistischen Mächte in den **unterdrückten** Ländern Afrikas, Südamerikas und **Asiens.**
Die medial zur Weltpolitessa aufgebaute Hillary Clinton forderte das **auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo 94 besprochene** Recht der Frauen **"selbstständig** und frei über die Planung ihrer Familie entscheiden **zu können"** und das Recht **"auf eine hygienisch einwandfreie Abtreibung"**. Was dem O-Ton einer jeden sich ihrer Rechte bewußten Frau hier entsprechen könnte, findet sich auf Clintons Redezetteln aber erst, seitdem sie der Population Council **als neue** Gallionsfigur angeheuert hat. In die Sprache der Weltbank, **des IWF** und der UNFPA (Bevölkerungspolitikabteilung der UNO) übersetzt heißt sie für die Frauen in den unterdrückten Ländern: die freie Entscheidung, sich die Depotverhütungskapseln Depo-Provera, Net-En ... in den Arm einsetzen zu lassen, oder KEINEN Weltbankkredit zu bekommen. Die freie Entscheidung, sich sterilisieren zu lassen, oder nicht Teil des Schweinemästprogrammes zu werden, das zumindest eine Hoffnung auf das Überleben der Familie bringt.
Das Recht auf hygienisch einwandfreie Abtreibung soll sich nach Vorstellungen von "care international" in neuen "Gesundheits"stationen verwirklichen, die sich nicht nur im Westen als humanitäre Unterstützung für die **Frauen verkaufen lassen, sonder neben dem Durchsetzen der Bevölkerungspolitik gegen den Widerstand der Frauen auch Aufstandsbekämpfungsfunktion haben: die Anführerinnen des Widerstands lassen sich, wenn man vor Ort**

stationiert ist, schnell finden. Informationen über Unruhe und Organisierung kommen auf schnellstem Wege ins nächste UN-Hauptquartier. Das Netz der Gesundheitsstationen erschließt für die Pharmakonzerne einen gigantischen Absatzmarkt und dazu ein Testfeld, für neue Medikamente, das durch keinerlei rechtliche Beschränkungen gestört ist. In Indonesien wurden in einem Zeitraum von nur 3 Jahren 86 000 Norplantkapseln eingesetzt. Weltweit werden 12 Millionen Frauen injizierbare Verhütungsmittel verabreicht.

"Mein Kind ist krank, doch ich bin arm. Wenn ich zur Gesundheitsstation gehe, bekomme ich keine Medizin. Das einzige, was sie mir geben, sind Familienplanungspillen. Warum soll ich die schlucken, wenn mein Sohn stirbt"
(Lied einer indischen Frauengruppe)

1965 waren es 77% der Gesundheitsgelder der internationalen "Hilfs"organisationen, die in die Sterilisationskampagnen investiert wurden.

Die Bevölkerungspolitik ist fester Bestandteil der globalen Strategien der imperialistischen Mächte seit den 50er Jahren.

"Einen Guerilla tötet man am besten schon im Mutterleib."
(ein US-Bevölkerungsstratege)

Als ihre Macht in den Kolonien am Anfang der 50er Jahre von den erstarkenden antikolonialen Befreiungskämpfen konkret bedroht wurde, starteten die größten Kapitalisten der USA, wie Rockefeller und Ford, die ersten Sterilisationsfeldzüge in der Karibik und in Südamerika. Ab den 60ern wurde die Bevölkerungspolitik durch die von den US-Kapitalisten dirigierten multinationalen Organisationen wie Weltbank, IWF und UNO (im Rahmen ihrer Entwicklungsdekade)weltweit ausgebreitet. Damals wurde es zum von der UNO festgeschriebenen Menschenrecht, über Verhütungsmittel Bescheid zu wissen.

Wo die Kolonialverwaltung von den Befreiungsbewegungen vertrieben worden war, gingen die imperialistischen Mächte sofort dazu über, neue Strukturen der Abhängigkeit zu schaffen: mit der von der Weltbank geleiteten "Grünen Revolution", der Industrialisierung der Landwirtschaft und der gleichzeitigen Zerstörung der alten Subsistenzwirtschaft durch US-Getreidelieferungen wurden die jungen formal unabhängigen Staaten an den Weltmarkt gebunden und durch die zur Industrialisierung benötigten Kredite abhängig von den imperialistischen Mächten, die die Kreditinstitutionen kontrollieren. Millionen von Kleinbauern und-bäuerinnen wurden in die Städte vertrieben und in den den Weltmarktfabriken der multinationalen Konzerne ausgebeutet. Da die Produktivität, d.h. der Grad der Ausbeutung, ständig erhöht wurde, aber auch aufgrund der weltweiten krisenhaften Entwicklung seit Beginn der 70er Jahre waren immer weniger der vom Land Vertriebenen für die Konzerne als Arbeitskräfte vernutzbar und die Lebensbedingungen in den Großstädten der unterdrückten Länder verschlechterten sich mehr und mehr. Bis heute kommen täglich weitere Vertriebene vom Land in die Städte, da die Agrokonzerne den Landraub fortsetzenDie Bevölkerungspolitik hatte für die imperialistsichen Mächte von neuem an Bedeutung gewonnen: Nachdem die die Armut geschaffen hatten, sollte sie die Armen vernichten.

Auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo wurde 94 beschlossen, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen integraler Bestandteil JEDES Entwicklungshilfe projektes sein müßten. "Integrierte Programme sollen gleichzeitig mit der Reduzierung der Kinderzahl den Lebensstandard der Frauen verbessern helfen In der Regel werden einkommensschaffende Maßnahemn (z.B. Kleintierzucht), Gesundheitsfürsorge oder Bildungsarbeit mit Familienplanung verbunden. Freiwilligkeit und freie Wahl der Verhütungsmittel werden dabei garantiert" (aus einem Papier von der Konferenz).

Schon seit der Dekade der Frau wird betont, die Frauen seien der Schlüssel zur Entwicklung, besonders in der Landwirtschaft. Nach der Grundbedürfnisstrategie des Weltbankpräsidenten McNamara wurden Kleinstkredite an Frauen vergeben, die an die Bedingungen der Empfängnisverhütung bzw. der Sterilisation geknüpft waren. Auch im Abschlußpapier der EU zur Frauonkonferenz in Nairobi 85 heißt es: "die Frauen sollen Zugang zu Investitionsfinanzen" bekommen, wobei "besonderer Vorrang der Produktion von Grundnahrungsmitteln"zukommt. D.h. die Frauen sollen zum Preis ihrer Verschuldung und Fruchtbarkeit die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln garantieren, da die Agrokonzerne, die in den unterdrückten Ländern die fruchtbarsten Gebiete okkupieren, nur für den Export produzieren und sich die Hungerrevolten für die Marionettenregimes der imperialistischer Mächte zu einem nicht zu kontrollierenden Problem entwickelt haben.

Alleine aus diesem Grund werden seit Nairobi Fraueninitiativen, ländliche Frauengenossenschaften usw. besonders gefördert. DAS ist der Grund, warum die UNO die Frauen mit einer eigenen Dekade scheinbar aufwerten, das ist der Grund, warum es die Frauenkonferenzen gibt.

Die, die glauben, die Regierungen hätten durch die Frauenbewegung in den westlichen Staaten irgendwtwas eingesehen, müssen sich die Frage gefallen lassen, was da eigentlich als Fortschritt zu werten ist. Nichts davon ist erkämpft worden ! Die imperialistischen Mächte haben damit nur ihre Fähigkeiten zur Integration einer Opposition bewiesen, die ihre Macht nicht grundsätzlich in Frage gestellt hat.

Der Grund, warum heute überall von der Bedeutung der Frauen die Rede ist, ist, weil es in die Strategien der imperialistischen Mächte paßt.

Auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo wurde ein auf 20 Jahre angelegtes kombiniertes Bevölkerungspolitikprogramm beschlossen, für das allein im Jahr 2000 weltweit 13Mrd. Dollar aufgewendet werden sollen. Zwei Drittel der Kosten wälzten die imperialistischen Mächte auf die unterdrückten Länder ab, deren Völker die eigene Vernichtung bezahlen sollen.

Der österreichische Staat hat offiziell keine Bevölkerungspolitikprojekte. Er wickelt sie aber über internationale Hilfsorganisationen wie Care international oder über die UNO-Organisationen ab. 5 Millionen Schilling aus Österreich stecken beispielsweise in einem Projekt in Ruanda, einem Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe. Kein Wunder also Daß sich die Frauenministerin Konrad auf der Pekinger Konferenz vehement für das"Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln und die Information über Familienplanung" ausgesprochen hat.

Der Einfluß Österreichs in UNFPA-Projekten ist zwar gering, weil die Bedingungen innerhalb der Uno immer noch von den USA diktiert werden, aber Proteste gegen staatliche Bevölkerungspolitik können so eingedämmt werden. Die österreichische Entwicklungshilfe ist zwar - und das nicht erst seit dem Beitritt - im größeren Rahmen der EU zu sehen, in der sie bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat.

Wenn Österreich auch keine eigenen Bevölkerungspolitikprojekte unterhält, so sind hier aber wichtige Institute stationiert. Das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Luxenburg erforscht im Auftrag von Regierungen, multinationalen Organisationen, Hilfsorganisationen ... die Bevölkerungsentwicklung. Am Computer wird errechnet, wieviele Menschen wo zuviel sind. So wurde z.B. eigens für Mauritius ein Computerprogramm entwickelt, daß zeigt, wie sich das Angebot an Arbeitskräften, die Bevölkerungszahl gesamt, die Altersstruktur etc. entwickelt und welche bevölkerungspolitischen Maßnahmen die Regierung deshalb einsetzen sollte. Ohne Institutionen wie die IIASA wäre die globale Planung der Bevölkerungspolitik und ihre gezielte Durchsetzung nicht möglich. Bei ihnen lassen UNFPA, Population Council, WHO etc. ihre Statistiken anfertigen, um die besten Standorte für die neuen Sterilisationskliniken und Gesundheitszentren zu errechnen. Die Demographieinstitute sind eine unabdingbare Schaltstelle in der Vernichtungsmaschinerie der imperialistischen Mächte und dabei ständig bemüht ihre Westen klinisch sauber zu halten.

Der Staat erfüllt für die Kapitalisten auch auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik wichtige Aufgaben. Zum einen propagiert und organisiert er teilweise die kostenintensivsten Bereich der Produktion: die Forschung. Sie wird auf die Universitäten und in staatliche Institute ausgelagert. Die gleiche Funktion haben auf einer höheren Ebene die multinationalen Organisationen : die Pharmaindustrie hat die Forschung für Verhütungsmittel zur Gänze der UNFPA übertragen, die direkten Zugang zu den Testergebnissen der UN-Gesundheitsstationen hat. Und in ihrem Interesse forderte die WHO-Verhütungsmittelabteilung kürzlich die Rationalisierung d.h. die Lokkerung der Bestimmungen für Medikamententests.

Die Bevölkerungsstrategen waren und sind massiv konfrontiert mit dem Widerstand der Frauen gegen die Bevölkerungspolitik. Einerseits verweigern viele den Gebrauch der Verhütungsmittel aufgrund der starken Gesundheitsschädigung , woraufhin verstärkt Mittel eingesetzt werden, die der Kontrolle der Frauen weitgehend entzogen sind, wie die Depotkapseln und als neueste Methode die Anti-Schwangerschaftsimpfung, die in den Gesundheitsstationen auch ohne das Wissen der Frauen zusammen mit anderen Impfungen gesetzt werden kann. Andererseits brachte der organisierte Widerstand gegen die Bevölkerungspolitik die Projekte in immer größere Argumentationsnot, den Genozid zu rechtfertigen. In den 70ern versprachen sie Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung, in den 80ern war es die Umweltzerstörung und die Ressourcenknappheit und in den 90ern die durch nichts anderes zu stoppende Migration, die die Bevölkerungspolitik auch im Westen legitimieren sollte.
In jeder dieser Argumentationen steckt auch die Rechtfertigung imperialistischer Ausbeutung, der eigentlichen Ursache für die Armut, die Zerstörung und die Notwendigkeit, sein Land zu verlassen.

Mit der Argumentationslinie, daß die Bevölkerungspolitik die Selbstbestimmung und Emanzipation der Frauen fördere wird heute die Terminologie der Feministinnen aufgegriffen.
"Eine Frau, die im Laufe ihres Lebens zehn Mal schwanger wird, sechs Kinder auf die Welt bringt, von denen fünf überleben, hat eine viel geringere Chance ein selbstbestimmtes Leben zu führen, als eine Frau, die nur 1 bis zwei Kinder hat" (Rainer Münz, österr. Demograph)
Die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Landarbeiterinnen, Bäuerinnen in den unterdrückten Ländern lassen es nicht zu in Kategorien der individuellen"Befreiung"zu denken, und dieses Argument wird kaum greifen.
Aber zumindest in Europa und den USA zeichnet sich ab, daß damit die Spaltung und Orientierungslosigkeit weiter vorangetrieben werden konnte.
Verbunden mit der Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen auch in den unterdrückten Ländern, als Beispiele werden gerne die Marionetten Benazir Bhutto in Pakistan und Tansu Ciller in der Türkei genannt , soll ein Emanzipationsmodell geschaffen werden, daß die realen Verhältnisse gleich mehrfach verzerrt: Als würden diese Frauen aus der Führungsclique andere Politik machen als die Männer, als wären die Frauen aufgrund ihres Geschlechts "besser", friedfertiger, gerechter, als hätten besitzlose Frauen in dieser Gesellschaft jemals die Möglichkeit in Führungspositionen aufzusteigen, ohne alle anderen, die ebenso besitzlos sind zu verraten.
Die Argumentation leugnet die Klassenunterschiede und verstellt damit den Blick auf eine Perspektive der Befreiung der Frauen, der Befreiung überhaupt.

Um die Bevölkerungspolitik akzeptabel zu machen wird der Rassismus auf verschiedenen Ebenen als Spaltungsinstrument weiterentwickelt:"Im Jahr 2000 sterben 9 Millionen Menschen an AIDS. Im selben Jahr werden aber 20 Millionen geboren."(Auszug aus einem IIASA-Film)
Die Millionen Menschen, die weltweit zur Flucht gezwungen sind werden zu einer bedrohlichen Flutwelle verschmolzen, und regelmäßig wird in Europa dazu aufgerufen, den Lebensstandard und die "Zivilisation" zu verteidigen.
Für die imperialistischen Mächte stellen sich mit der Migration schwerwiegende Probleme. Mit ihren üblichen Sicherheitspolitik-Maßnahmen können sie nicht mehr kontrollieren, was als Resultat ihrer Ausbeutungs- und Kriegspolitik für viele aus den unterdrückten Ländern die einzige Möglichkeit zum Überleben bleibt. Ruhe und Ordnung sind in Gefahr, weil mit den Flüchtenden auch der Widerstand der Befreiungsbewegungen nach Europa kommt.
Die Herrschercliquen der unterdrückten Länder sollen jetzt die Drecksarbeit machen! in den Verträgen der EU mit Marokko wurde festgelegt, daß das Regime seine Nordgrenze mit Soldaten dichtmachen muß.

"So habe ich in Österreich noch keinen Politiker reden hören: Österreicher zeugt weniger Kinder, damit die Ausländer mehr Platz bei uns haben. Niemand wird bei uns weniger Kinder haben wollen, damit mehr Flüchtlinge nach Österreich kommen können.",(Rainer Münz)

Die Propaganda der Bevölkerungsexplosion soll auch die Asylgesetze rechtfertigen und mehr noch, auch die Zwangssterilisierung und das Drängen zu Abtreibungen gegenüber Frauen aus den unterdrückten Ländern, die in Europa leben.
Um die Migration und damit in erster Linie das Angebot an Arbeitskräften regulieren zu können, was heute nur mehr auf internationaler Ebene möglich ist, wird eine eigene UN Konferenz zu diesem Thema geplant. Von zentraler Bedeutung sind aber die multilateralen Abkommen; wie beispielsweise Schengen, daß der Innenminister Einem bereits unterschrieben hat, und das die sicherheitspolitischen Maßnahmen der europäischen Staaten vereinheitlichen soll. In dieser Globalstrategie der imperialistischen Mächte, den Zuzug in den Westen und das Angebot an Arbeitskräften zu regulieren, ist die Bevölkerungspolitik einer der wichtigsten Stützpfeiler.

"Deine Freiheit ist auch meine Freiheit.
Solange du nicht frei bist, bin auch ich nicht frei."

Für die Frauen in den unterdrückten Ländern, die täglich das ungeschminkte Gesicht der imperialistischen Mächte vor Augen haben, kann die Devise der Entwicklungshilfeprojekte und Frauenkonferenzen "Reform statt Revolution" niemals Gültigkeit haben. Und das soll sie auch für uns nicht!
Der Glaube an Reformen und Reförmchen haben uns bis jetzt nur Figuren wie Dohnal, Petrovic , Konrad und Ciller beschert, einmal am Subventionsleim ist auch der Weg zur nächsten Konferenz 2005 als NGO nicht weit.
Wir sind so lange ohnmächtige Opfer imperialistischer Politik, denen nichts weiter als der Rückzug ins Private bleibt, wie wir uns selbst dazu machen.
Nur dort, wo Frauen aufstehen, Widerstand leisten, in Mexico, Peru, Sri Lanka, Kurdistan, Palästina, Türkei,..tut sich die Perspektive von freien Frauen in einer freien Gesellschaft auf. Diese Perspektive auch hier zu schaffen, erfordert von uns, daß wir die Veränderung in die eigenen Hände nehmen.
Die große Schwesterlichkeit aller besitzloser Frauen, ist nichts, wenn sie am Poster an Wänden klebt und alles wenn sie sich in konkreten Taten ausdrückt!
Dieunterdrückten Länder und hier - verschiedene Formen der Unterdrückung-EIN Widerstand !
RAUS AUS DER LETHARGIE DER (WG)KÜCHEN!
RAUS AUS DEN STAGNIERENDEN PROJEKTEN!

DER SOLIDARITÄT MIT DEN FRAUEN IM WIDERSTAND IN DEN UNTERDRÜCKTEN LÄNDERN PRAKTISCHEN AUSDRUCK VERLEIHEN!

DEN WIDERSTAND ENTFACHEN ! ÜBERALL JEDERZEIT!

Rote Töchter des Zorns



Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stichwort: KONGRESS
Schöneweider Str. 3

12055 Berlin

Kongreß geGEN

für gentechnikfreie Landwirtschaft

29. Sept. – 2. Okt. '95
Friedberg/Wetterau
(Hessen)

geGEN – für gentechnikfreie Landwirtschaft

Wir schreiben das Jahr 1995. 34 Freisetzungen gentechnisch manipulierter Organismen bundesweit sollen allein dieses Jahr durchgesetzt werden, weltweit sind es zigfach mehr. Die Industrie macht Druck; Gesetzgeber und Behörden funktionieren im Sinne der Gen-Lobby. Sie wollen die Risiken durch Gentechnik vermehren. Wissenschaftliche Fakten, die die Vorbehalte der GegnerInnen bestätigen, werden weggewischt.
Laschere Gesetze. Die alltägliche Verseuchung der Umwelt mit gentechnisch manipulierten Bakterien aus Laboren und Betrieben. Patente auf alles Lebendige. Sie planen den Durchmarsch des Machbarkeitswahns.

Dagegen wenden wir uns. Wir, das ist eine wachsende Zahl von Initiativen und AktivistInnen gegen die Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen.
Wir haben auf unserem ersten bundesweiten Kongreß im Januar diesen Jahres beschlossen, daß wir unsere Kräfte bündeln wollen.

geGEN ist dafür der Fokus, die Wetterau der Ort.

Über 16 000 Menschen haben Einspruch erhoben gegen die in der Wetterau geplante Freisetzung von Gen-Raps und Gen-Mais durch Hoechst-Schering-AgrEvo. Wochenlang verhinderte eine Feldbesetzung die Aussaat der Gen-Pflanzen, die mehr Gift vertragen als jemals zuvor.
Das ist ein markantes Signal für eine Landwirtschaft ohne gentechnisches Risiko. Deshalb machen wir von hier aus unseren Protest laut, in dem Bewußtsein, daß er sich schneller ausbreiten muß als Genmutanten.

Die Probleme, die sich aus der gegenwärtigen Landwirtschaft ergeben, werden durch Gentechnik nicht gelöst. Wir verengen unseren Blick nicht auf eine bloße Betrachtung der Risiken. Wir zeigen die Chancen einer gentechnikfreien Erzeugung von Lebensmitteln auf und stellen industrielle Landwirtschaft und internationales Agrobusiness grundsätzlich in Frage.

Unsere Kompetenz in Sachfragen zeigt sich in den geplanten Workshops. Ebenso haben Emotion und Kultur einen unveräußerlichen Platz. Mit Lebenslust und Solidarität sind wir unwiderstehlich.

Vier Tage geGEN: Der erste Tag gilt vor allem den bundesdeutschen Entwicklungen. Am zweiten weiten wir unseren Blick auf internationale Dimensionen und lenken unser Augenmerk sowohl auf Länder der sog. »3.Welt« als auch auf die europäischen Nachbarn. Der dritte Tag ist den Alternativen zu herkömmlicher Landwirtschaft und Gentechnik gewidmet, und am letzten Tag werden die Aktiven beraten, wie es weitergehen soll.

geGEN wird inhaltlich: Wir führen eine Vielzahl von Workshops durch. Menschen, die noch nicht so viel Berührung mit der Thematik hatten, ermöglichen wir den Zugang durch einführende Referate.

geGEN wird aktiv: Wir nehmen den Gen-Acker in Augenschein, machen eine aufsehenerregende Aktion in Frankfurt und veranstalten einen gentechnikfreien Markt. Jeden Morgen wird vor dem anstrengenden Tag eine Einstimmung angeboten, die daran erinnert, daß eine wichtige Motivation für unser Engagement körperliches Wohlbefinden ist.

geGEN wird kulturell: Es wird Musik geben und Kabarett und mehr.

- geGEN – will informieren über uns und was Gentechnik ist/sein will
- geGEN – wird diskutieren über Neues und Altes aus Politik und Forschung
- geGEN – bündelt lokale, bundesweite und internationale Kritik
- geGEN – entwickelt Perspektiven für eine ökologisch und sozial verträgliche Landwirtschaft
- geGEN – widersteht mit Kultur und Lebenslust

TAG DER FREISETZUNGEN

Freitag 29. September 1995

10 Uhr
Pressekonferenz
»Gegen Gentechnik in der Landwirtschaft«

13.30 Uhr
Eröffnung und Begrüßung durch GeN – Gen-ethisches Netzwerk

14–17 Uhr
Workshops
- Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in der BRD *(Henning Strodthoff, GeN)*
- »Die Gefahr liegt im Erfolg!« (Ernst Ulrich von [illegible]) Einführung in die Gentechnik *(Petra Fleissner, Umweltinstitut München)*
- Ökologische Risiken *(Öko-Institut Freiburg; Ingrid Nöh, Umweltbundesamt)*
- Gentechnisch vermittelte Herbizidresistenz *(AK gegen Gentechnologie, Göttingen)*
- Wirtschaftliche Perspektiven *(Inge Pickel, ABL)*
- Insektenresistenz von Pflanzen *(Barbara Skorupinski)*
- Recht/Deregulierung *(Andy Hermann, Ursula Phillip)*

17.30 Uhr
Spaziergang zum Gen-Acker und Abendessen am Feld

ab 20 Uhr
Künstler gegen Gentechnik:
Performance, Kabarett

INTERNATIONALE KRITIK AN DER GENTECHNIK

Samstag 30. September 1995

10 Uhr
Kreativzeit

Aktion in Frankfurt

11 Uhr
Einführung in die Gentechnik

13.30 Uhr
Einführung in das Tagesthema

14–16.30 Uhr
Workshops
- Bioethik: internationale Kritik an der Bioethik-Konvention *(Martina Meier, NOGERETE Basler Appell gegen Gentech)*
- Indien: Bäuerinnen-Widerstand gegen GATT *(Vandana Shiva, Indien)*
- EG: Patentierung *(Hiltrud Breyer, MdEP; Christoph Then, Kampagne: kein Patent auf Leben)*
- Frauen gegen Gen-Nahrung *(Kerstin Lange, BUKO-Agrarkoordination)*
- Widerstand in den USA *(Ronnie Cummins, Pure Food Campaign, Washington D.C.)*
- Mythen der Gentechnik *(Florianne Koechlin, Basler Appell gegen Gentechnik)*

17–19 Uhr
Podiumsdiskussion mit internationalen Gästen

20 Uhr Konzert
M. WALKING ON THE WATER

ALTERNATIVES ERNTEDANKFEST

Sonntag 1. Oktober 1995

10 Uhr
Kreativzeit

11 Uhr
Einführung in die Gentechnik

Gottesdienst

13.30 Uhr
Einführung in das Tagesthema

14–18 Uhr
Gentechnikfreier Bauern- und Verbrauchermarkt

14–17 Uhr
Workshops
- Kampagne: unGENiert genießen *(Gregor Bornes, BürgerInnen beobachten Petunien)*
- Novel Food *(Gerd Spelsberg, Verbraucher Initiative)*
- Öko-Landbau *(Christian Schüler, Witzenhausen)*
- Tiergesundheit *(Anita Idel, AGKT)*
- Gentechnik in der Medizin *(Erika Feyerabend, Gen-Archiv Essen)*

18 Uhr
Rückblick auf den Kongreß

INTERNER TAG DER FREISETZUNGSINITIATIVEN

Montag 2. Oktober 1995

10 Uhr
Kreativzeit

11 Uhr
Kongreßkritik

13.30 Uhr
Perspektiven der Bewegung

16 Uhr
Kongreß-Ende

Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen

Ausstellung

Wege des Ausbruchs

Neue Schönhauser Straße 20
10178 Berlin Mitte
S-Bhf. Alexanderplatz
U-Bhf. Weinmeisterstraße
Tram 50,52,53

Vom 26. September bis 7. November 1995
Täglich außer Donnerstag 10 bis 17 Uhr
Samstag nur für Frauen

Do, 19. 10. 95, 18.00 Uhr
Aufbrüche – Videofilm
Deutschland, 79 Min.
Ein 17jähriges Mädchen erträgt den Zwiespalt zwischen türkischer Familientradition und dem deutschen Lebensstil nicht länger und flieht in ein Heim. Dort ist sie den Vorurteilen ihrer deutschen Mitbewohnerinnen ausgesetzt. Der Vater versucht sie per Gerichtsbeschluß zurückzuholen. Der Amtsvormund legt Berufung ein. Der Vater entführt das Mädchen, um seine Ehre als Mann zu retten.
Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion.



Gewalt erfährt jedes Mädchen in dieser Gesellschaft: die strukturelle Gewalt der Verhältnisse, die sie in bestimmte Verhaltensweisen drängt und sie von Möglichkeiten ausschließt. Viele Mädchenbiografien weisen zudem psychische, körperliche und sexuelle Gewalt auf.

Die Ausstellung fordert die Besucherin/den Besucher auf, sich auf die Erfahrungen und Erlebniswelten der Mädchen einzulassen, sie nachzufühlen.
Über Erlebnisräume, akkustische Installationen, visuelle und assoziative Elemente, Texte und authentische Beiträge zeigt sie
- die Gewalt, die Angst, die Einsamkeit und Folgen der Gewalterlebnisse, aber auch
- die Möglichkeiten des Ausbruchs, den Zuwachs an Stärke, Träume, Wünsche, Hoffnungen.

Das Ausstellungsprojekt wurde im Autonomen Mädchenhaus entwickelt und die Ausstellung konnte im Oktober 1994 bereits mit sehr großem Erfolg im Rathaus Schöneberg gezeigt werden. Durch die Initiative von BAFF e.V. ist sie nun ein zweites Mal zu sehen.

Montags, Dienstags und Mittwochs kann für Schulklassen und Gruppen – unter vorheriger Anmeldung – eine Begleitung durch die Ausstellung vereinbart werden.

Informationen und Anmeldung: BAFF e.V., Tel.: 44 36 87 28

Rahmenprogramm

Alle Veranstaltungen finden in den Räumen von BAFF e.V. statt: Strelitzerstr. 60, 10115 Berlin-Mitte, U-Bhf. Bernauerstraße

Do, 28. 9. 95, 19.00 Uhr
Frauen und Mädchen im Ost-West-Gefälle
In den letzten Jahren fanden in den ehemaligen Ostblockstaaten drastische soziale und wirtschaftliche Veränderungen statt. Berlin ist aufgrund seiner geografischen Lage häufig erste Station für Flüchtlingsfrauen/männer und EinwanderInnen aus Süd-Osteuropa (ehemaliges Jugoslawien, Polen). Neben den Schwierigkeiten, die aufgrund der Ausländer- und Asylgesetzgebung entstehen, sind Mädchen und Frauen darüberhinaus von geschlechtsspezifischen Gewaltstrukturen (Vergewaltigung, Prostitution) betroffen. Ein Bericht.
Referentinnen: Barbara Eritt, Caritas Sozialdienst für Osteuropa
Antje Finger, Süd-Ost-Europa-Kultur e.V.

Do, 5. 10. 95, 18.00 Uhr
Das Mädchen in der Wand – Videofilm
Kanada 1987, deutsche Überarbeitung, 60 Min.
Der Film erzählt die Geschichte einer Frau, die sich mit ihren Erfahrungen als Überlebende sexuellen Mißbrauchs auseinandersetzt. Shirley Turcotte wurde von ihrem Vater sexuell mißbraucht, bis sie im Alter von 14 Jahren von zu Hause wegging. Ein Film der Hoffnung macht, die gravierenden Folgen sexuellen Mißbrauchs zu überwinden
Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Do, 5. 10. 95, 20.00 Uhr
5 Jahre Mädchenhaus Berlin – Eine Bilanz
Mitarbeiterinnen des Autonomen Mädchenhauses reflektieren ihre Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen in einer Kriseneinrichtung für Mädchen.

Do, 19. 10. 95, 20.00 Uhr
Lotte - Ein Mädchenprojekt stellt sich vor
Mitarbeiterinnen des Projektes berichten über ihre 3jährigen Erfahrungen in der Arbeit für und mit Mädchen, in den Bereichen Freizeit- und Bildungsarbeit, sowie betreutes Wohnen.

Do, 26. 10. 95, 19.00 Uhr
Eine Informationsveranstaltung von Wildwasser e.V.
Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft und der Mädchenberatungsstelle, unter Berücksichtigung der besonderen Hintergründe des „Ostteils" der Stadt.
Referentin: Ursula Weynot

Do, 2. 11. 95, 19.00 Uhr
Eine Informationsveranstaltung von Kind im Zentrum (K.I.Z.)
Es wird über die Arbeit von K.I.Z. referiert und die spezifische Situation von Mädchen und jungen Frauen im Ostteil der Stadt dargestellt.
Referentin: Ariane Ehinger, Psychologin bei K.I.Z.

Die **Mannege e.V.** plant eine Veranstaltung zu Präventionsarbeit/Täterarbeit oder einen Workshop zur Jungenarbeit. Das genaue Datum stand beim Druck des Rahmenprogramms leider noch nicht fest. Bitte der Tagespresse entnehmen oder bei der Informationstelefonnummer abfragen.

Veranstalterinnen des Ausstellungsprojektes sind:

BAFF e.V. (Bauen für Frauen).
Der Verein ist Träger eines Frauenhandwerkerladens, von Zufluchtswohnungen für Frauen und seit Oktober 1994 auch für einen im Aufbau befindenden Mädchentreffs in Berlin Mitte. Es wird der erste Treff für Mädchen in Mitte sein, wo ausschließlich Mädchen die Räume nutzen und gemeinsam mit behinderten Mädchen Freiräume erproben.

Autonomes Mädchenhaus
Das Mädchenhaus ist eine anonyme Kriseneinrichtung für Mädchen und junge Frauen im Alter von 14 bis 21 Jahren, die psychischer, körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt sind/waren. Es gibt zehn Plätze und es findet eine rund-um-die-Uhr-Betreuung statt. Telefon: 792 04 04.

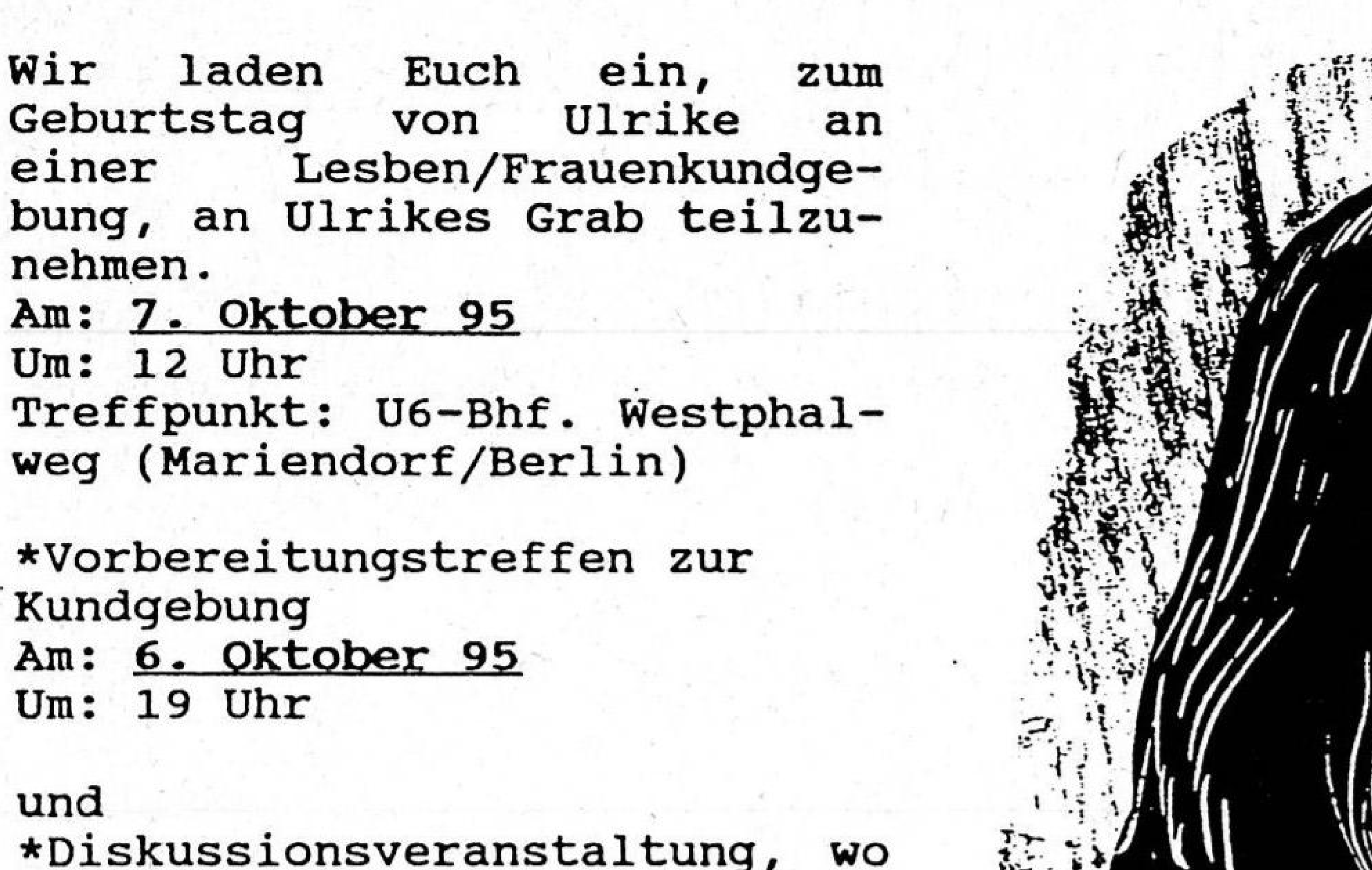
Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt.
Projektleitung: Constance Schrall

BEFREIUNG IST NUR IM KAMPF UM BEFREIUNG MÖGLICH

VERANSTALTUNG
am: 4. Oktober 95
um: 18 Uhr

KONZERT
um: 22Uhr30 (anschließend)
im: EX (Mehringhof)

Veranstaltungs- und Konzerttournee mit LANTAD



Wir laden Euch ein, zum Geburtstag von Ulrike an einer Lesben/Frauenkundgebung, an Ulrikes Grab teilzunehmen.
Am: 7. Oktober 95
Um: 12 Uhr
Treffpunkt: U6-Bhf. Westphalweg (Mariendorf/Berlin)

*Vorbereitungstreffen zur Kundgebung
Am: 6. Oktober 95
Um: 19 Uhr

und
*Diskussionsveranstaltung, wo wir die Gelegenheit haben über den Aufruf, die Kundgebung und über Initiativen und Erfahrungen von internationalistischen Feministinnen zu diskutieren.
Am: 7. Oktober 95
Um: 19 Uhr

Jeweils im: "Jacaranda", Dieffenbachstr. 33, 3.HH, Aufgang C, (U8 Schönleinstraße/Berlin)

LANTAD ist eine Lesbenband, in der z. Zt. drei Frauen miteinander arbeiten: Marty, Aster und Jet. Sie begreifen ihre Musik als künstlerisches Mittel zur politischen Mobilisierung von Lesben/Frauen. Ihre Texte handeln von Gewalt gegen Lesben/Frauen, von Frauenkämpfen und selbstverständlich von Frauenliebe.
LANTAD ist die erste offen auftretende Lesbenband auf den Philippinen.
Die Frauen sind mit ihren lesbisch feministischen Liedern Teil einer relativ neuen Bewegung dort, in der sich Lesben offen organisieren und als Teil der Frauenbewegung ihre eigenen Positionen und Ziele formulieren und vertreten.
Die feministische Bewegung ist auf den Philippinen sehr stark.: der Dachverband GABRIELA besteht aus 420 Frauenorganisationen/gruppen und hat über 50.000 Mitfrauen. Als militante feministische Organisation ist GABRIELA davon überzeugt, daß Frauenbefreiung nur möglich sein wird, wenn Unterdrückung, ausländische Kontrolle und politische Regression abgeschafft und die patriarchalen Werte und Strukturen der philippinischen Gesellschaft verändert werden.
Bei der Veranstaltung werden die LANTAD-Lesben über ihr politisches Selbstverständnis und über ihre politischen Erfahrungen berichten.
Marty und Jet haben das „GABRIELA Lesbian Organizing Committee" mitbegründet, Aster arbeitet im Women's Crisis Center, dem einzigen Haus für geschlagene Frauen in der 12-Millionenstadt Manila.
Für die Veranstaltung erhoffen wir uns eine intensive Diskussion über die unterschiedlichen Kampfbedingungen von Lesben/Frauen auf den Philippinen und in der Metropole brd, mit dem Ziel, dem Aufbau von internationalistischen Frauenbefreiungsbewegungen einen oder zwei Schritte näher zu kommen.

Mondsicheln
c/o Frauenbüro
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Film ... Video ... Reihe ... im El Locco

Geht Frauen-Ver-rücktheit auch ohne Psychiatrie ab, oder können die einen nur in der Anstalt landen, die anderen in der Therapie?
Welche Lebensweise von Frauen wird in unserem Alltag als nicht mehr tragbar, überfordernd, durchgeknallt eingestuft, von denen, die dazugehören zur funktionierenden Leistungsgesellschaft, bevor irgendeine soziale Polizei in Erscheinung tritt? Welche Themen werden von öffentlichen Schauplätzen verbannt, als unpolitisch etikettiert, von Freundinnen, der Familie abgewiesen, weil die armen alle so viel ackern müssen, so überfordert sind, daß sie dann lieber ihre Nächsten auch gleich abschieben --- es gibt ja eine große Auswahl unter der Anschiebeanstalten, von Flüchtlingsheimen über Altersheime ..... bis zu Psychiatrien ... Geriatrien ...
Wer möchte schon den Anblick von schlurfenden, sabbernden, UNTÄTIGEN; HÄSSLICHEN Menschen ertragen, die die eigenen Aktivitäten so in Frage stellen könnten. Oder gibt es eine menschliche Sichtweise, die hinter der Maske von extremen Aussehen und Verhalten die Bedürfnisse eines Menschen sieht?

Dialogues with Madwomen

16mmFilm, USA 1993/94, OmU, ca. 90 min., Regie: Allie Light
Sieben Psychiatrie- überlebende Frauen werden porträtiert. - von einer, der von der Psychiatrie empfohlen wurde, Hausfrau zu bleiben statt Filme zu machen, - nicht als diagnostische Objekte, sondern in teilweiser Selbst-Darstellung.
"In der Gegenwart ihres Wahns verschwindet für Deedee, Karen, Hannah und all die anderen die wirkliche Welt, weil sie unerträglich ist: ein Defilee bigotter Elternhäuser, vergewaltigender Väter, unsinniger sozialer Vereinbarungen. Die Psychiatrie soll die Anpassung ans- Funktionieren in defekten Strukturen wiederherstellen. Unsensible Ärzte stellen seltsame Fragen: ob sie denn gern den Schwanz ihres Mannes küsse. Mißbrauch, Ignoranz, Gewalt und Repression suggerieren eine generelle "matrix of miseducation". Allie Lights Film ist eine sehr sanfte, wunderschöne Homage an die Inditiation in die Verrücktheit und der Rückkehr aus ihr. Der Wahn ist schon, gefährlich, ein autonomes Reich voller zärtlicher Sinne, ohne geschönt zu werden. (Anke Westphal, taz)



Mi. 04.10. um 20.00 Uhr
nur für Frauen/anschl. Diskussion

Do. 05.10.um 20.00 Uhr
für alle

Antipsychiatrie ..... Frauen ...... Psychiatrie .....

Die Anstalt

Video, BRD 1978, 90 min., Buch und Regie: Hans-Rüdiger Minow
Halbdokumentarischer Film um eine Psychologiestudentin, die sich als Patientin in eine Nervenklinik einschmuggelt, dort die entwürdigende Behandlung der Insassen miterlebt und durch ihr Aufbegehren den Anstoß zu Reformen gibt. Versuch des Dokumentarfilmers Minow "das Irrenhaus als soziales Abbild wahnwitziger alltäglicher Verhältnisse zu zeigen"- unter Verzicht auf spektakuläre Kinoeffekte.
Minows Protagonistin Anna Theyn (Susanne Granzer) gerät nach ihrer Einweisung ganz schnell in die Unterdrückungsabläufe der Anstalt, wird selbst krank und kränker und hat am Ende Mühe, wenigstens zwei Assistenzärzte von ihrer Gesundheit zu überzeugen. Unterdessen hat der Chefarzt, der keinerlei Diskussionen über seine rigorosen und altmodischen Methoden zuläßt, Wind davon bekommen, daß seine Klinik in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht gerückt werden soll, worauf er wendig und clever auf einen Reformkurs einschwenkt.

Mi. 11.10. um 20.00 Uhr
nur für Frauen / anschl. Diskussion

Do.12.10. um 20.00 Uhr
für alle



Ediths Tagebuch

Video, BRD 1983, Spielfilm 108 min., Buch und Regie: Hans W. Geissendörfer, nach dem gleichnamigen Roman von Patricia Highsmith
Edith wünscht sich eine bessere Welt. Dafür kämpft sie: in der Öffentlichkeit mit politischem Engagement und zuhause in ihrem Tagebuch mit der Waffe ihrer Phantasie. Aber die Realität sieht anders aus, als Edith sie in ihrem Tagebuch beschreibt. Paul, ihr Mann verläßt sie. Chris ihr Sohn, entwickelt sich zu einem Alkoholiker. Der alte Onkel Georg, bleibt bis zuletzt ein Pflegefall. Aus dieser Umgebung flüchtet Edith immer häufiger in die heile, heitere Welt ihres Tagebuchs, das sie allmählich mit der Wirklichkeit verwechselt.
Eine Verfilmung des Highsmith-Romans durch Geissendörfer, der die Geschichte ins Berliner Mittelstandsmilieu der späten 70er Jahre verlagert: Edith und ihr Mann sind hier etablierte Veteranen der 68er Bewegung, die sich mit ihren gescheiterten Träumen und mit der selbstzerstörischen "no future"-Mentalität ihres Sohnes auseinandersetzen müssen

Mi. 18.10. um 20.00 Uhr
nur für Frauen/ anschl. Diskussion

Do. 19.10. um 20.00 Uhr
für alle

Anti - Psychiatrie
Diskussionsveranstaltung

Warum hört niemand von Medikamentenstreiks aus Psychiatrien, oder schafft Zwangsabspritzen und Zwangseinweisungen ab?
Aktive aus der Anti-Psychatrie-Bewegung

Mi. 25.10. um 20.00 Uhr

11. BERLINER LESBENWOCHE

1995 - Auch dieses Jahr wird es eine Lesbenwoche geben!

Infotelefon bis 30.9: 252 00 87
Oder Dienstag 18-21h: 691 29 71

BerlinerLesbenwoche e.V.
c/o Literaturfrauen
Kurfürstenstr. 21/22, 10785 Berlin
Tel.: 030 - 262 00 87

bis 30.9.







Mo., 2.10. ab 9h
Infotisch und Schlafplatzvermittlung
15h Eröffnungsplenum

Mittwoch bis Freitag 9 - 20h
Workshops und Diskussionen

OBERSTUFENZENTRUM
DANCKELMANNSTR. 26
(U) KAISERDAMM

Mo., 2.10. ab 20h
Eröffnungsparty
der Lesbenwoche
mit Live-Programm und
Disco ab 23h

Sa., 7.10 Abschlussparty

SO 36
ORANIENSTR 190
(U) KOTTBUSSER TOR

Di., 3.10. ab 10h Frühstück, Infotisch
20h Veranstaltung von FARA
Mi., 4.10. 18h "Lantad"(Philippinen)
Do., 5.10. 20h Film m. anschliessender Diskussion über Cuba
Fr., 6.10 ab 20h Lesbenparty
Di. - Fr. nur für ⚢⚢ jeden Tag ab 10h

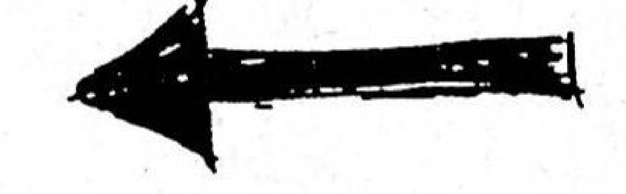
EX
GNEISENAUSTR. 2a
(U) MEHRINGDAMM

Schwerpunkt: Gegen Diskriminierung von Krüppellesben/Lesben mit "Behinderungen"

Übersicht über die Veranstaltungen und Orte der LESBENWOCHE '95

Mo., 2.10.	ab 9h	Lesbenwoche mit Infotisch und Schlafplatzvermittlung im OSZ (Oberstufenzentrum), Danckelmannstr.26, (U) Kaiserdamm
	15h	Eröffnungsplenum dort
	ab 20h	ERÖFFNUNGSPARTY DER LESBENWOCHE mit Live-Programm ab 21h und Disco ab 23h im SO 36, Oranienstr.190, (U) Kottbusser Tor
Di., 3.10.	ab 10h	Lesbenwoche mit Frühstück und Infotisch im EX, Gneisenaustr.2a, (U) Mehringdamm
	20h	Veranstaltung von FARA (Feministische Antifaschistische Revolutionäre Aktion) zu Behindertenfeindlichkeit und der Organisierung von ⚢⚢ im EX
Mi., 4.10.	ab 9h	bis 20h Lesbenwoche mit Workshops und Diskussionsrunden im OSZ
	18h	"Lantad" - Diskussionsveranstaltung mit feminist. Lesben von den Philippinen, anschl. ca.
	22h	philippin. Musik von "Lantad" (Lesbenband) im EX
Do., 5.10.	ab 9h	bis 20h Lesbenwoche mit Workshops und Diskussionsrunden im OSZ
	20h	"Sagt den Frauen, dass wir weiterkämpfen", Film mit anschl. Diskussion über Cuba im EX
Fr., 6.10.	ab 9h	bis 20h Lesbenwoche mit Workshops und Diskussionsrunden im OSZ
	ab 20h	LESBENPARTY mit Live-Programm und Disco im EX
Sa., 7.10.	?	Abschlussplenum, ?
		Abschlussparty mit Performance, organisiert von der Lesbenfilmwoche im SO 36
Di. - Fr.	ab 10h	LESBEN/FRAUEN-KNEIPE im EX: vormittags Frühstück, tagsüber warmes Essen (bis Veranstaltungsbeginn), Abendveranstaltungen s.o.

KAFFEE & KUCHEN
WARMES ESSEN
GROßE TERASSE
PARTYS, KONZERTE
VERANSTALTUNGEN
BILLARD





„Ich bin nicht frei, solange eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich. Ich bin nicht frei, solange ein einziger farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei.“ (Audre Lorde)

In dieser tiefen Überzeugung organisieren sich die Verfasserinnen der nachfolgenden Erklärung als internationalistische, antiimperialistische Feministinnen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). In unserer Analyse gehen wir davon aus, daß die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen weltweit ebenso durch ihr soziales Geschlecht wir durch Klassenunterdrückung und Rassismus/Neokolonialismus bestimmt sind.
Auf der UN-Frauenkonferenz in Beijing diskutieren die Vertreterinnen und Vertreter der UNO, der Regierungen und regierungstreuer Organisationen nichts anderes als die Fortsetzung und reibungslose Anpassung dieser Herrschaft an die imperialistische Weltordnung. Mit viel Gerede versuchen sie, uns ihre Maßnahmen und Programme als Frauenförderung zu verkaufen, als könnten sie uns vergessen machen, daß die UNO ein Machtinstrument in den Händen der Herrschenden ist. Ökonomische und rassistische Spaltungsmechanismen werden permanent als Trennung zwischen uns als weißen Frauen aus einem hochindustrialisierten Land und den Frauen in und aus den Drei Kontinenten aufgebaut. Dagegen setzen wir unsere Arbeit für praktische, solidarische Beziehungen zwischen den Befreiungsbewegungen der Frauen weltweit, um voneinander und miteinander zu lernen, um uns zu kritisieren und zu unterstützen, um uns aufeinander zu beziehen und zu stärken. Ausschnittsweise analysieren wir hier die Bedingungen in der BRD als unsere Kampfbedingungen gegen Imperialismus und Patriarchat. Der Kampf um Befreiung ist ein weltweiter.

Die innenpolitische Kontinuität des Faschismus in der BRD

Als politische Opposition in der BRD sind unsere Kampfbedingungen bis heute stark geprägt durch die politische und gesellschaftliche Erfahrung von 12 Jahren offenem Faschismus 1933-1945. Als Antwort auf die starken Klassenkämpfe in den 20er und beginnenden 30er Jahren zerschlug der faschistische Staat im Dienste der deutschen Monopolbourgeoisie nach 1933 blutig jede organisierte revolutionäre und fortschrittliche Opposition im Lande. Ebenso verankerte er eine reaktionäre, rassistische, anti-kommunistische Grundstimmung in der Gesellschaft, die über Generationen bis heute gesellschaftlicher Konsens, Staatsideologie und ideologische Grundlage der Verfolgung der revolutionären Opposition ist. Dies waren sowohl innenpolitisch die Bedingungen für die kriegerische Expansionspolitik des deutschen Imperialismus während des 2. imperialistischen Weltkrieges als auch nach 1945 die Grundlagen, auf denen die USA im Verbund mit dem deutschen Kapital den Staat BRD als anti-kommunistischen Frontstaat des westlichen Weltherrschaftsanspruchs aufbauten. Und dies sind wichtige Bedingungen für die Schwäche des revolutionären Widerstandes in diesem Lande.

Die Kontinuität des Faschismus ist die Kontinuität des Patriarchats

Als Feministinnen bewegt uns jedoch ein viel tieferer Blick auf die Hintergründe revolutionärer Schwäche und unsere Bedingungen im Kampf um Befreiung.
Die BRD ist eine patriarchale Klassengesellschaft, deren gesellschaftlicher Konsens und Ökonomie darauf beruhen, daß Männer persönlich und strukturell die Verfügungsgewalt über Frauen besitzen. Die wenigen Ausnahmen weißer sogenannter Karrierefrauen bestätigen diese allgemeine Erfahrung der Frauen: keine Karriere ohne Prostitution. Diese „Ausnahmen“ dienen der Behauptung einer scheinbaren bzw. möglichen Gleichberechtigung mit Männern. Sie sind so ein Faktor, der die Unterdrückung der Frauen als soziales Geschlecht aufrechterhält.

Erst vor fünf Generationen wurde im deutschsprachigen Raum Europas die letzte Frau als sogenannte Hexe ermordet. Dem voraus ging ein mehr als 1000jähriger Feldzug für die Durchsetzung des christianisierten Patriarchats gegen die traditionellen Lebensformen, gegen die Geschichte und gegen die Interessen von armen Frauen und Männern. Diesen Zeitraum und die millionenfache Folter und Mord (weitaus überwiegend an Frauen) benötigten die weißen Patriarchen für die Umwandlung der ganzen Gesellschaft in eine patriarchale. Dies war die Bedingung forcierter und organisierter Ausbeutung. Unterworfen wurden die Frauen unter die gesellschaftliche und persönliche Verfügungsgewalt der Männer; Selbstbewußtsein ,eigenes Wissen der Frauen (z.B. um Medizin, Empfängnisverhütung, Spiritualität) und die Erfahrung der Macht eines frauenidentifizierten Lebens sollten ersetzt werden durch Kollaboration und Identifikation mit den Unterdrückern. Nicht zufällig erreichte dieser Krieg mit dem Ziel der Entmachtung der Frauen seinen zahlenmäßigen Höhepunkt in Europa zu Beginn der sogenannten Neuzeit (15./16. Jahrhundert), als die Kriegsherren Europas sich aufmachten, die Völker der Drei Kontinente zu unterwerfen und ihre Kriegskassen mit dem Geld und den Gütern der ermordeten Frauen füllten. Ebenfalls nicht zufällig bewirkte die systematische Vernichtung des Wissens der Frauen um

Empfängnisverhütung einen enormen Anstieg der Geburtenrate. Durch diesen Gebärzwang entstand ein Menschenreservoir, das die aufstrebende Kapitalistenklasse nutzte, um in den folgenden Jahrhunderten die Massenelendsquartiere der Industriegebiete des Nordens ebenso zu füllen wie die Schiffe der Siedler und Kolonisationsarmeen nach Nord-Amerika, nach Australien und in die Drei Kontinente.

Massenmord und innere Kolonisation der Frauen Europas waren die Machtbasis der weißen Patriarchen für die Kolonisierung der Drei Kontinente und für den Kapitalismus. Dieses Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis wird bis heute international fortgesetzt und reorganisiert aufgrund ökonomischer Bedingungen und gegen die Befreiungskämpfe der Unterdrückten. Wir definieren die gegenwärtige weltweit dominante Herrschafts- und Ausbeutungsstruktur der imperialistischen Blöcke (Europa, Nord-Amerika und Japan) und der transnationalen Konzerne als imperialistisches Patriarchat. Dieses befindet sich bis heute in einem Stadium der weltweiten Durchdringung und Eroberung. Die innere Kolonisation bestimmt bis heute die Lebensrealität der meisten Frauen in den Ländern des Nordens. Konkret heißt das zum Beispiel, daß Frauen sich einem „Schönheits- und Schlankheitszwang" unterwerfen, der für viele Selbsthaß und Krankheit (sogenannte Eßkrankheiten wie Eß- und Brechsucht = Bulimie und Magersucht) und nicht selten Tod und z.B. für dicke, behinderte und alte Frauen Ausgrenzung bedeutet. Viele Schlankheitsdiäten aus den zahllosen Frauenmagazinen enthalten weniger Kalorien als die World Health Organization zum ungeschädigten Überleben einer erwachsenen Frau als notwendig errechnet hat. Nach offiziellen Zahlen waren 1993 in der BRD 1,3 Millionen Frauen an Bulimie und/oder Magersucht erkrankt; zwei Drittel aller Medikamenten-Abhängigen (hauptsächlich Psychopharmaka und Schlaftabletten) sind Frauen. Eine ganze medizinische Industrie lebt vom gesellschaftlichen Diktat zur „Schönheit" (Cremes und Salben, Fettabsaugen, allmonatliches absaugen der Menstruation, Liften, Brustoperationen, Gesichtschirurgie etc.).

Die heterosexistische Prägung der Geschlechter ist eine Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Ökonomie: die geschlechtliche Arbeitsteilung stellt auch in den Gesellschaften des Nordens die unentgeltliche bzw. minderbezahlte Ausbeutung der Frauen sicher, was für die Frau meist materielle Abhängigkeit vom Mann bedeutet. Die innere Kolonisierung bewirkt, daß Frauen von Frauen getrennt leben, daß sie den Zwang zur Unterordnung unter einen Mann als „Liebe" bezeichnen. Nach wie vor und heute in Zeiten konservativer, anti-feministischer Restrukturierung der Gesellschaft verstärkt, ist die Heterosexualität als gesellschaftliche Normalität, d.h. als Zwang durchgesetzt. Frauen, die ihr Leben mit Frauen teilen, sind eine Provokation dieser Männerordnung.

In den Gesellschaften des Nordens ist Isolation das allgemeine Ordnungsprinzip (z.B. sterben oftmals alte Menschen in ihren Wohnungen und werden wochenlang nicht gefunden und nicht vermißt.). Über diese allgemeine Isolation hinaus werden Frauen von klein auf gezwungen, sich mit den Unterdrückern zu identifizieren statt mit ihren Müttern, Schwestern und Freundinnen. Dies ist eine wirksame Waffe, die die Solidarität unter Frauen verhindern soll und dies meist auch bewirkt, so daß Frauen in ihrer Trennung voneinander nicht mehr das Machtmittel ihrer Unterdrückung erkennen.

Und in dieser Realität geschieht es weiterhin, daß jedes zweite bis dritte Mädchen sexuell ausgebeutet wird und jede dritte Frau Vergewaltigungserfahrungen hat. Nachdem sowohl die Pornoindustrie als auch die bürgerliche Filmindustrie während der letzten ca. 15 Jahre offen Sado-Masochismus als sexuelle und soziale Struktur gegen Frauen propagierten, ist es heute der neueste Trend der Pornoindustrie den real stattfindenden Mord an Frauen zu vollziehen, zu filmen, zu verkaufen und somit zu propagieren. Im Kampf gegen die sexualisierte Gewalt entwickelte die Neue Frauenbewegung in der BRD ihre größte Stärke und Kraft und erreichte, daß diese Tatsachen offen diskutiert wurden. Aber genau durch die bürgerliche Öffentlichkeit, d.h. die scheinbare Anerkennung der Forderungen der Frauen und durch die Finanzierung der Projekte gegen Gewalt gegen Frauen, schaffte es der bürgerliche Staat die Bewegung zu spalten und weitgehendst zu befrieden.

Statt - ausgehend vom Kampf gegen sexistische und sexuelle Gewalt - die ganze Realität patriarchaler Herrschaft (d.h. auch Klassenunterdrückung und Rassismus/Neokolonialismus) in den Kampf mit einzubeziehen, ließ sich ein großer Teil der Frauenbewegung auf reformistische Sozialarbeit festlegen und in der Folge einkaufen. Und diese ideologische und praktische Schwäche der feministischen Bewegung erleichtert es nun dem System, durchgesetzte Erfolge zurückzunehmen. Bereits wieder seit Jahren verharmlosen und leugnen öffentlich geförderte Kampagnen, Programme und die Medien die Realität der Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Einmal mehr ist dies die erfolgreiche Anwendung einer klassischen Befriedungsstrategie in der BRD: ideologische Anbindung ans System durch finanzielle Unterstützung, Spaltung des bürgerlichen Teils der Bewegung vom revolutionären, Wiedereingliederung des bürgerlichen Teils bis zur Systemkonformität und gleichzeitig repressive Verfolgung der revolutionären Bewegung. Die Aufstandsbekämpfung „an der langen Leine" durch Integration und Beteiligung an der „Macht" ist die Kehrseite der repressiven Aufstandsbekämpfung durch Kriminalisierung, Polizei und Knast und hat gerade im kapitalistischen Deutschland eine lange und erfolgreiche Tradition gegen die revolutionäre Bewegung.

Die außenpolitische Kontinuität des Faschismus in der BRD

Seit Beginn dieses Jahrhunderts entwickelte das deutsche Monopolkapital den Plan einer wirtschaftlichen Neuordnung als Großraumwirtschaft, bestehend aus einem hochindustrialisierten Kernland (hier Deutschland) und davon abhängigen sogenannten Ergänzungsräumen (hier die Länder Osteuropas). Mit menschenverachtendem Zynismus nannten sie ihr Projekt „Lebensraum". „Lebensraum" bedeutete für viele Menschen in Osteuropa von Anfang an Hunger und Tod (weil die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln zum Verbrauch auf Exportprodukte, hauptsächlich Industriepflanzen, umgestellt wurde), bedeutete Enteignung von Land, Vertreibung und daraus folgend Migration und Zwangsarbeit in den deutschen Fabriken (damals wie heute). Von 1933 bis 1945 wollte das deutsche Monopolkapital mit Hilfe des faschistischen Staates dieses Projekt endgültig mittels Krieg durchsetzen; durch die militärische Niederlage des Faschismus' wurde die Durchsetzung dieser Pläne vorläufig gestoppt, sie waren aber die Grundlage für die von den USA dominierte imperialistische Nachkriegsweltordnung.

Jahrzehntelang waren durch Widerstand und anti-faschistischen Kampf (allein 26 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger starben im Kampf gegen das faschistische und imperialistische Deutschland) und durch den Aufbau der Realsozialistischen Staaten im Osten die Pläne des deutschen Monopolkapitals zurückgeschlagen worden.

Jahrzehntelang war es nun die Politik des Staates BRD von außen maßgeblich am Zusammenbruch der Realsozialistischen Länder mitzuwirken. Heute - gestärkt durch die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik 1989 - sind die „alten" Pläne des deutschen Imperialismus mörderisch aktuell geworden. Dies zeigt sich an der systematischen Verarmungspolitik in den Ländern Osteuropas und zugespitzt am Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Für Ausbrechen, Gewalt und Andauern dieses Krieges sind das deutsche Kapital und sein Staat wesentlich verantwortlich!

Am Krieg im ehemaligen Jugoslawien beteiligt sich der deutsche Staat offen durch die Entsendung deutscher Soldaten als UN-Kontingent wie auch an der Beteiligung an einer geplanten NATO Intervention. Krieg nach außen setzt die Akzeptanz durch einen großen Teil der deutschen Bevölkerung voraus, was die Herrschenden nach zwei „verlorenen" Weltkriegen bis heute gegen eine breite Anti-Kriegsstimmung durchsetzen müssen. Die Interventionsstimmung in der BRD schüren sie unter weitgehender Gleichschaltung der Medien, durch eine einseitige, rassistische Kriegsberichterstattung, die bewußt und systematisch eine der Kriegsparteien (die Serben) als blutberauschte, entmenschlichte Dämonen zeichnet. Hierbei war ihnen gerade die Kampagne zu den Kriegsvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien eine wichtige Waffe.

Vergewaltigt werden Frauen im Geschlechterkrieg in sogenannten Friedenszeiten wie in allen Kriegen („rape and kill" war und ist der Kampfschrei, der zur Ausbildung der amerikanischen GIs gehört). Vergewaltigt werden unsere Schwestern in diesem Krieg in Jugoslawien. Benutzt werden sie hier als rassistisch aufbereitete Sensationspresse zur Legitimation imperialistischer Interessen, d.h. zur Fortsetzung und Intensivierung des Krieges! Weite Teile der reformistischen Frauenbewegung und der Linken in der BRD wurden durch die Bilder vergewaltigter Frauen innenpolitisch auf Kriegskurs gebracht.

Während der letzten 50 Jahre setzten die BRD-Imperialisten ihre Interessen jeweils als verdeckte Kriegspartei mittels Geld, Waffenlieferungen, geheimdienstlicher Zusammenarbeit und der Entsendung von Militärstrategen durch. Zum Beispiel führt die BRD seit Jahren Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf: vor Ort unterstützt sie finanziell und praktisch logistisch die türkische Regierung, die den offenen Krieg in Kurdistan führt und in der BRD selbst verfolgen und kriminalisieren Polizei und Justiz die kurdische Befreiungsbewegung. Seit letztem Jahr verschärften sie diesen Kampf durch das Verbot und die Kriminalisierung der PKK als Vertretungsorganisation des kurdischen Befreiungskampfes. Hunderte von kurdischen Menschen sitzen nun in den Knästen des BRD-Staates.

Heute formiert die BRD ihre militärische Schlagkraft nach innen und außen offen als Teil der Durchsetzung einer imperialistischen Ordnung, die der damalige US-Präsident 1990 mit dem zweiten Golfkrieg verhieß: die Neue (Alte) Weltordnung der drei imperialistischen Blöcke als Statthalter des transnationalen Kapitals. Schon zweimal wurde der deutsche Imperialismus bei der kriegerischen Durchsetzung seiner Expansionspläne zurückgeschlagen! Wir kämpfen weiter!

Rassismus in der Kontinuität des Faschismus

Rassismus ist historisch und aktuell eine ideologische, militärische und ökonomische Grundlage der herrschenden Ordnung. Die Steigerung der Profite durch die rassistische Differenzierung der Ausgebeuteten ist auch innerhalb der BRD die ökonomische Antriebskraft des Rassismus. Weiße Deutsche (vor allem Männer) werden vom Kapital als wertvoller berechnet und höher entlohnt (womit ihre Kollaboration erkauft werden soll)

als rassistisch „minderwertig" definierte Menschen, mit deren geringer Entlohnung sich das Kapital Extraprofite sichert.

Hinter scheinbar volkswirtschaftlichen Argumenten wie dem „Stop der Zuwanderungen wegen Anstieg der Arbeitslosenrate" verfolgt der BRD-Staat die innere Aufstandsbekämpfung als militärische Absicherung dieser Ausbeutungsordnung (z.B. Schließung der Grenzen der Europäischen Union gegen MigrantInnen mittels dem Schengener Abkommen, Abschaffung des Asylrechts in der BRD). Gleichzeitig werden - auch mit finanzieller und logistischer Unterstützung des deutschen Geheimdienstes - faschistische Gruppen als Bausteine einer paramilitärischen zweiten Front aufgebaut, die mit ideologischer Hetze, Gewalt und Mord gegen „Nicht-Arier" vorgehen. Dies sind vor allem ausländisch aussehende Menschen, aber auch behinderte Menschen, Lesben und Schwule. Diese Gewalt ist eine Variante der gleichen Vorgehensweise wie z.B. bei dem faschistischen Bombenattentat in Oklahoma City (USA) und den Giftgasalarmen in Japan. Durch faschistischen Terror wird ein gesellschaftliches Klima der Angst erzeugt, durch das der Staat eine zusätzliche Legitimation seiner selbst erhält und das er benutzt, um seine repressive Gewalt auszubauen. Dies ist die militärische Seite des Rassismus.

Damit eng zusammen hängt die ideologische Funktion. Durch rassistischen Terror wird die Gewaltbereitschaft und die Gewaltakzeptanz in der Gesellschaft geschürt. Durch Abschiebung von Flüchtlingen oft in den sicheren Tod wird die weiße deutsche Bevölkerung zu moralischen und materiellen Komplizen „ihres" Staates. Diese Komplizenschaft, die ständige rassistische Hetze und die Gewöhnung an rassistisch begründeten Mord ist die Formierung der öffentlichen Meinung, um die Zustimmung für Militärinterventionen und Krieg zu sichern.

Rassismus ist historisch eine alte Waffe der Herrschenden. Schon in früheren Zeiten definierte die besitzende Klasse in Europa mit rassistischen Kriterien allgemein die Besitzlosen als mindere Lebewesen. Mit Beginn der sogenannten Kreuzzüge (die parallel zur sogenannten Hexenverfolgung über Jahrhunderte ein Mittel der Umstrukturierung der europäischen Gesellschaften in patriarchal durchstrukturierte und organisiert ausbeutbare waren) wurde der Rassismus ausgedehnt und zur Legitimation für die Bereicherung durch Raub und Mord an den sogenannten Heiden. Folgerichtig war der Rassismus später die Legitimation der Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen und der Bodenschätze in den Drei Kontinenten und ist bis heute eine innere Bedingung des Imperialismus und das Mittel zur Spaltung der Ausgebeuteten.

Für eine internationalistische feministische Bewegung

Sexismus und Rassismus sind das Kriegsrecht reicher und/oder weißer Männer gegen alle Frauen und gegen rassistisch und neokolonialistisch ausgebeutete Männer. Sexismus und Rassismus sind historisch verbundene und miteinander verknüpfte Herrschaftssysteme, die weder getrennt betrachtet noch getrennt bekämpft werden können. Nach unserer Analyse - und wir haben versucht, dies hier herzuleiten - ist die innere Kolonisierung der Frau die Bedingung und das ständige Pendant der militärischen und ökonomischen (Neo-) Kolonisierung der Drei Kontinente. Es gibt aus diesem Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis keine einseitigen Wege. Heute steht der Rassismus zwischen den Frauen in und aus den Ländern des Nordens und den Frauen in und aus den Ländern der Drei Kontinente. Wir sind uns bewußt, daß wir als weiß sozialisierte Frauen in der BRD, unabhängig von der Klassenzugehörigkeit, aufgrund der herrschenden Verhältnisse grundsätzlich auf Seiten der Herrschaft stehen, solange wir uns nicht aktiv und immer wieder zum Kampf dagegen entscheiden. In diesem Bewußtsein arbeiten wir von unserer Seite aus gegen die Spaltung durch Rassismus und Neokolonialismus. Frauen waren immer ein anführender Teil der Klassenkämpfe und Befreiungsbewegungen und machten in allen Teilen der Welt immer wieder die Erfahrung, daß sie ohne eine starke eigene Organisierung ihre Forderungen weder gegen die Herrschenden noch gegen die Interessen der männerdominierten Befreiungsbewegungen durchsetzen konnten. Unsere Arbeit zielt deshalb auf die Stärkung und Organisierung der internationalistischen Frauenbefreiungsbewegung.

Die Befreiung der Frauen ist die feministische Revolution weltweit!

Mondsicheln, im August 1995

Den Faden weiterspinnen

Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil-lebenden und deutschen Frauen. Erfahrungen des Internationalen Frauenplenums Berlin (W.) 1988-1991.

Den Faden weiterspinnen, mit dieser Hoffnung endet die Dokumentation des Internationalen Frauenplenums.Aufgezeigt wird ein Prozeß, in dem Frauen mit unterschiedlichsten Vorstellungen und Bedingungen versuchten, eine gemeinsame politische Arbeit zu entwickeln.
"Wir sind damals mit viel Neugierde, Entdeckungslust und Unerfahrenheit in internationaler Zusammenarbeit, mit vielen Ideen und Ansprüchen ins Internationale Frauenpleum (I.-Plenum) gegangen. Wir wollten eine für uns neue internationalistische Arbeit initiieren und ausprobieren. Wir wollten den Austausch über die Bedingungen in verschiedenen Ländern, gekoppelt mit der Thematisierung unserer unterschiedlichen aber auch gemeinsamen Alltagsbedingungen in dieser Stadt. Weg von der traditionellen Komiteearbeit hin zu einer länderübergreifenden Diskussion über die Mittel und Wege für eine Umwälzung der bestehenden ungerechten Verhältnisse. Gleichzeitig ging es uns darum, hier in diesem Land in politische Prozesse und Diskussionen einzugreifen."
Die Rekonstruktion der gemeinsamen Geschichte mündet in der Aufarbeitung der Berührungspunkte, aber auch der Hürden in der politischen Zusammenarbeit.
In einer kritischen Reflexion und anhand von Interviewausschnitten wird versucht, die Kontroversen im I.-Plenum aufzuzeigen und Positionen zu verdeutlichen, die auch in den heutigen Debatten nicht an Aktualität verloren haben.
Z.B. die Debatten um Rassismus - Antirassismus.
"...*Wir übernehmen die Bilder der Kolonialgeschichte mit der Sektierung schwarz/weiß. Man muß die Begriffe gut benutzen, da wo sie hingehören und nicht ständig. Schwarze Frauen benutzen als Kampfbegriff scharz/weiß, jedoch ahnen sie zu wenig dessen Konsequenzen. Das heißt selektieren und Distanz schaffen zu den Frauen, mit denen man zusammenarbeiten sollte. Dadurch entstehen neue Feindbilder. Wenn ich sage: du bist weiß und ich bin schwarz, dann gehe ich von Feindschaft aus und das macht Zusammenleben unmöglich. Wir sind so wenige, wenn wir dann auch noch auf diese Art selektieren, dann spukken wir gegen den Wind.*" Zitat Jung-Sook, Süd-Korea.
"...*Für mich ist das nicht der Fall was Jung-Sook über schwarz/weiß als Kampfbegriff und die Feindschaft sagt. Ich lebe in dieser Gesellschaft und das ist Realität, alles andere ist Illusion. Ich habe nicht die gleiche Stellung wie eine deutsche Frau, ich bin nicht gleichberechtigt, ich werde überall unterdrückt. Ich werde ausgegrenzt und diskriminiert, auch in der Linken. Da werden wir auch diskriminiert, rassistisch behandelt. Und da definiere ich mich als Schwarze. Kampf heißt, in den Gruppen gegen die rassistische Struktur vorzugehen.*"Zitat A.A.,Iran.

Oder die Debatten in der Auseinandersetzung über Heterosexismus:
„Es prallten unterschiedliche Erfahrungen und Betroffenheiten aufeinander.
Die Erfahrung von Immigrantinnen ist, von besserwisserischen Deutschen umgeben zu sein, die noch dazu in den meisten politischen Zusammenhängen mehrheitlich aus einer bildungsbürgerlichen Schicht kommen. Die deutschen Frauen sind außerdem sprachlich im Vorteil, weil sie in ihrer Muttersprache diskutieren können, und sie haben meistens durch andere Arbeits- und Lebensbedingungen weniger Zwänge, mit denen sie sich aktuell auseinandersetzen müssen.
Die Erfahrung der lesbischen Frauen ist die, in jedem linken politischen Zusammenhang um ihre Position kämpfen zu müssen und mit unterschiedlichen Formen von Lesbenfeindlichkeit konfrontiert zu sein. Sie bewegen sich außerdem als Internationalistinnen in dem Widerspruch, Befreiungsbewegungen zu unterstützen, in denen Homosexuelle mehr oder weniger offen diskriminiert oder verfolgt werden. Und in der deutschen Gesellschaft sind sie selbstverständlich sowieso Diskriminierung und Bedrohung ausgesetzt.
Diese unterschiedlichen Erfahrungen führten zu neuen Konflikten.
In dem Konflikt gab es keine klare 'Opfer'seite. Wer darf hier Toleranz einklagen, impulsiv sein, Bedingungen stellen? Es ist spannend zu sehen, wie verwirrt wir sind, wenn unsere Kategorien Opfer - Täterin, Bevorteilte - Benachteiligte etc. durcheinander geraten; wenn wir mit den Widersprüchen konfrontiert sind, gleichzeitig Teil einer unterdrückten Minderheit (als 'Schwarze' bzw. lesbische Frau) und einer unterdrückenden Mehrheit (als 'Weiße' bzw. heterosexuell-lebende Frau) zu sein."

Weitere Diskussionspunkte sind:
- Internationalismus ist nicht die Summe der Aktivitäten von Frauen aus verschiedenen Ländern;
- Frauenorganisierung und nationale Befreiungsbewegung.,
- Grundsätzliches zur Zusammenarbeit mit ML-Parteien und Kaderorganisationen und - "Wir müssen endlich diskutieren lernen", grundsätzliches zur Umgangsweise mit den unterschiedlichen Bedingungen zwischen Immigrantinnen und deutschen Frauen.

Das Anliegen der Broschüre ist, die Erkenntnisse und Positionen aus der praktischen Zusammenarbeit weiterzugeben und damit (hoffentlich) Anregungen für die weitere politische Praxis der internationalistischen Arbeit zu geben.

Wer jetzt neugierig geworden ist, sollte da einfach mal reinschauen.

Den Faden weiterspinnen
ISBN 3-88384-048-4
160 S., 12.00 DM

Rotation, Verlag und Vertrieb
Mehringdamm 51
10961 Berlin
Tel. 030-692 79 34

Wir haben in der Nacht zum 1. September das Auto von Bernhard Schulz in der Bäkestraße 8 in Berlin in Wotans ewige Jagdgründe befördert.
Er unterhält unter der selben Adresse den „Tempel der Semnonen“, den Treffpunkt einer auf Rassismus gegründeten Sekte mit Germanenkult, zugleich ein Sammelbecken von Neonazis mit Kontakten in alle Ecken der deutschen und internationalen Neonazi-Szene.

Auch weniger in Erscheinung tretenden Nazi-Randgruppen werden wir die Hölle heiß machen !

Tod dem Faschismus in jeder Form !

Antifaschistische Walküren

Sondereinsatzkommando gegen Besetzer

FRIEDRICHSHAIN: Abenteuerspielplatz in der Kreutzigerstraße geräumt

Im Schlaf überrascht wurden am Dienstag morgen die Bewohner der besetzten Häuser in der Kreutzigerstraße. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei stürmte Dächer und Wohnungen, um eine termingerecht geheimgehaltene Räumung des „Abenteuerspielplatzes“ zu gewährleisten. Rund 300 Einsatzkräfte waren vor Ort, die Boxhagener und Nebenstraßen waren gesperrt, Räumpanzer demonstrierten Stärke. Gegen acht Uhr begann die Charlottenburger Wohnungsbaugesellschaft COMMERCIAL mit der Räumung. Sie will hier einen Wohn- und Geschäftspark errichten. Die Aktion verlief bis auf einige Platzverweisungen friedlich.

Dennoch wird die Polizei eigenen Angaben zufolge noch in den nächsten Tagen auf den Dächern bleiben.

Nach der „Wende“ wurde die Fläche von den alternativen Bewohnern als Abenteuerspielplatz genutzt. Seitdem gab es zwischen Besetzern, Bezirksamt und WBF Auseinandersetzungen, die in einem außergerichtlichen Vergleich endeten. Danach erhielt der Verein von der COMMERCIAL 135 000 DM für einen neuen Spielplatz. Über einen Standort gibt es keine Einigung.

Nach Worten von Dieter Hildebrandt, stellvertretender Bürgermeister und PDS-Bürgermeisterkandidat, werde mit der Räumung Grundstücksspekulanten Platz gemacht. In Prenzlauer Berg will die COMMERCIAL Wohn- und Geschäftshäuser auf einem Gelände bauen, das als Kita-Standort ausgewiesen ist.

Nach Worten von Kessy Bühler vom Spielplatz-Verein ist der Platz „keiner, der den normalen Anwohnern gefällt“, aber er sei notwendig, weil Friedrichshain mit Spielplätzen unterversorgt sei. Doch darum gehe es schon lange nicht mehr: „Der Spielplatz ist längst ein Politikum.“

SIMONE SCHMOLLACK

Hausbesetzerszene: Polizei nahm 35 Jugendliche fest

BM Eberswalde, 27. Sept.
Die Eberswalder Polizei hat am Montag abend 35 Jugendliche vorläufig festgenommen. Sie gehören nach Angaben der Polizei der Eberswalder Hausbesetzerszene an. Ihnen wird vorgeworfen, vor dem Freizeittreff Domizil an der Spechthausener Straße vorbeifahrende Autos mit Pflastersteinen beworfen zu haben. Dabei ist ein Mädchen leicht verletzt worden. Anschließend sollen die Jugendlichen versucht haben, die Baracke des Freizeittreffs mit einem Molotow-Cocktail in Brand zu setzen.

Die Feuerwehr löschte den Entstehungsbrand. „Beim Eintreffen der Polizei wurde diese mit Pflastersteinen beworfen und die Feuerwehr bei ihrer Arbeit massiv behindert“, teilte Ingo Heese, Sprecher der Stadt, mit. Die Jugendlichen verschanzten sich in einem Gebäude in der Coppistraße. Die Polizei räumte das Haus und ermittelt wegen Landfriedensbruch. *kkl*

Presseerklärung

Am 30.8.95 wurde der Faschist und Anwalt Jürgen Rieger von einigen beherzten Menschen zurt Unperson erklärt und verprügelt. Vorher hatte er im sogenannten " Nationalen - Infotelefon-Prozeß " die beiden Neonazis Andre Goertz und Jens Siefert, beide verantwortlich für die faschistische Propaganda des Infotelefons, verteidigt.

**Zur Person von Jürgen Rieger: Ein langjähriger Faschist in Anwaltsrobe:
J.R. ist bereits schon seit den sechziger Jahren eine zentrale Figur im internationalen faschistischen Netzwerk, einerseits durch seine Funktionärstätigkeit in diversen faschistischen Organisationen, andererseits durch seine anwältliche Tätigkeit, durch die er in den letzten Jahren zum Staranwalt in der faschistischen Szene der BRD avancierte.
Sein illustrer Mandantenkreis reicht vom Kriegsverbrecher Arpan Wiegand, dem ehemaligen SS-Führer von Warschau über Nazi-Skins aus Hamburg-Lohbrügge, die einen türkischen Menschen 1991 halbtot prügelten, bis hin zu den führenden Funktionären der Brd-Nazi-Scene, die bis 1994 in Stuttgart im sogenannten Bewegungsprozeß vor Gericht standen. Gemeinsam mit seiner A Anwaltskollegin Gisela Pahl initiierte er das "Deutsche Rechtsbüro", das Nazis aller Coleur juristischen Beistend bei begangenen Straftaten gewährte.**

Wie schon erwähnt fungiert Rieger als Funktionärsträger in mehreren faschistischen Organisationen, wobei ihm in der rechten Szene auch eine ideologische Bedeutung zukommt. So hat er den Vorsitz in der " Gesellschaft für biologische Anthrophologie, Eugenik und Verhaltensforschung ", die mit pseudowissenschaftlichen Thesen die Tötung behinderter Menschen oder die angebliche Überlegenheit der "nordischen Rasse" propagiert. Ferner ist Rieger Miteigentümer des Nazischulingszentrums in Hetendorf in der Nähe von Celle, wo zuletzt im Juni die "5 . Hetendorfer Tagungswoche " mit über 200 FaschistInnen stattfand. Weiterhin ist er aktives Mitglied im rassistischen "Nordischen Ring" sowie in der mittlerweile verbotenen "Nationalistischen Front".

Wessen Geistes Kind Jürgen Rieger ist, belegt sein folgendes Zitat, gesprochen im Rahmen eines Vortrages auf einer Schulungsveranstaltung der NF anläßlich eines von ihm erarbeiteten sogenannten "Neun-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung" :

"Wir müssen den Ausländern ihren Aufenthalt so unangenehm wie möglich machen !"

**Jürgen Rieger ist durch seine Drahtziehertätigkeit im braunen Netz mitverantwortlich für den faschistischen und rassistischen Terror, der seit der Maueröffnung über 50 Menschen das Leben kostete.
.... (unvollständig)**

**Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands
Sofortige Einstellung aller 129 / 129a- Verfahren**

EINHEIZFEIER 3.10.1995 BERLIN

Ja, wer hätte es gedacht? Schon das fünfte Jahr angeschlossen, abgewickelt, aufgebrochen und in Großdeutschland gestrandet. Obwohl die offizielle Einheizfeier vom rot-grünen NRW (Düsseldorf), das derzeit im Bundesrat den Vorsitz führt, ausgetragen wird, stellen die zu erwartenden Ereignisse im Berlin des Abgeordnetenhauswahlkrampfs alles in den Schatten:

Die zukünftige Hauptstadt läßt die Muskeln spielen: ernstzunehmenden Gerüchten zufolge gilt am 3.10. in Berlin Sicherheitsstufe I und es sind Bullen aus anderen Bundesländern zur Verstärkung angefordert worden.

Denn geplant ist der „Deutschland-Umzug“ von und mit Prominenz aus Kapital und Politik inklusive Trachtengruppen aus 16-Land von der Entlastungsstrasse/ Strasse des 17. Juni durchs Brandenburger Tor, Unter den Linden bis schlussendlich zur Abschlußkundgebung vorm Roten Rathaus. Dieser Umzug, den es in kleinerem Ausmass auch schon im vorigen Jahr gab, soll angeblich diesmal umso pompöser ausfallen, um den im Vergleich zu Bremen 1994 wesentlich unspektakulärer angekündigten Feiern in Düsseldorf (von den gelungenen Krawallen ganz zuschweigen) bereits im Vorfeld begegnen zu können. Das allein wäre schon Grund genug, subversiv zu werden. Aber es kommt noch besser:

Ebenfalls für den 3.10.1995 10.oo Alexanderplatz hat ein obskurer „Zentralrat der Vertriebenen Deutschen“ zu einer Großdemonstarion für die besetzten Ostgebiete aufgerufen. Diese Demo ist angemeldet und genehmigt, wer definitiv dahinter steht (einen Zentralrat des BdV gibt es nicht), ist unklar. Bleibt abzuwarten, was sich in den allernächsten Tagen herauskristallisieren wird. Denn denkbar sind die aller wüstesten Szenarien...

Unsere Erfahrungen mit den letzten Großveranstaltungen wie Zapfenstreich und 8.Mai waren mit Sicherheit nicht die besten. Auch wenn eine Aktion wie die aus der Schweiz vom letzten Wochenende nicht zu realisieren sein sollte, ein Nicht-Thematiseren der Ereignisse nur als dumm eingestuft werden kann, so sollte subversiven Tätigkeiten am abend des 2. oder 3.10. keine Grenzen gesetzt sein. Informiert Euch, schließt euch zusammen!

EUCH DIE MACHT - UNS DIE NACHT



amstag nachmittag in Zürich: Das Ende der Demo gegen die EU-Gegner *Foto: AP*

Rechte Schweiz gegen linke Schweiz

■ Straßenschlacht bei einer Demo gegen die EU in Zürich

Zürich (AFP) – Am Rande einer Kundgebung rechtsgerichteter Politiker gegen die Europäische Union (EU) haben sich Hunderte linker Gegendemonstranten, Neonazis und die Polizei am Samstag in Zürich Straßenschlachten geliefert. Knapp 400 Jugendliche aus der autonomen Szene durchbrachen nach Angaben der Behörden die Polizeisperren und gingen auf die etwa 8.000 Demonstranten los. Sie warfen dabei Pflastersteine und steckten Autos in Brand. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Gummigeschosse und Tränengas ein. Die Autonomen gerieten auch mit einer Gruppe Neonazis aneinander.

Zu der Demonstration gegen einen möglichen EU-Beitritt der Schweiz hatte der populistische Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP), Christoph Blocher, aufgerufen. Nach einem folkloristischen Umzug versammelten sich über 8.000 Menschen im Zentrum, um Blochers Forderung nach Erhalt der Schweizer Eigenständigkeit zu unterstützen. Kurz nach der Kundgebung kamen dann rund 12.000 Menschen zu einer von den Sozialisten organisierten Gegendemonstration für „eine offene und tolerante Schweiz“ zusammen. Der mögliche Eintritt in die Union ist eines der am heftigsten diskutierten politischen Themen in der Schweiz. 1992 hatten sich die Schweizer in einem Referendum gegen den Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen (EGW).

Itaca Kultur-Kongreß gegen Arbeitslosigkeit und Armut Universität Hamburg 5. – 8. Oktober 1995

„Solidarität kennt keine Grenzen"

Der Aufruf

Europa von unten

Festival und Kongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut

Die europäische Union verheißt uns eine gute Zukunft. Freiheit heißt ihr Schlagwort und verspricht die Öffnung aller Grenzen innerhalb Europas für Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskräfte und private Reisen. Das vereinte Europa verspricht uns wirtschaftlichen Aufschwung, ein breiteres und besseres Warenangebot und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Wie sieht die Realität aus?

Das EG-Parlament ist ein scheindemokratisches Feigenblatt, das über keine wirkungsvollen Rechte oder Einflußmöglichkeiten verfügt. Die wichtigen politischen Entscheidungen werden vom EG-Ministerrat und in der undemokratischen Bürokratie der EG-Kommision getroffen. Die „Freiheit" im zentralisierten Europa begünstigt hauptsächlich das Kapital und die großen Konzerne. Konzentration und gnadenlose Rationalisierung sind die Folgen. Dadurch werden immer mehr Menschen arbeitslos. Jugendliche stehen am Ende der Schul- oder Berufsausbildung auf der Straße, ältere Arbeitnehmer werden in den Vorruhestand geschickt. Wenn überhaupt Arbeit zu finden ist, so sind das kurzfristige „bad jobs" ohne Sozialversicherung. Statt Arbeitslosigkeit und Geldmangel zu bekämpfen, werden wir als Betroffene bekämpft und unsere Überlebensstrategien wie Schwarzarbeit, Schwarzfahren, Ladendiebstahl etc. kriminalisiert.

Wohnungen werden für uns unbezahlbar, weil sie als Ware gehandelt werden, mit denen Profit gemacht werden soll. Steigende Baupreise, Spekulation, Luxussanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen führen dazu, daß immer mehr Menschen sich eine Wohnung teilen müssen, Jugendliche nicht aus ihrem Elternhaus ausziehen können.

Streit und Entsolidarisierung sind vorprogrammiert und werden durch die Gefühlsverrohung in den Massenmedien und durch den Druck der Leistungsgesellschaft noch forciert. Die einzelnen europäischen Staaten und Gemeinden können und wollen der Massenarmut keinen Ausgleich entgegensetzten. Die öffentlichen Kassen sind wegen Steuergeschenken gegenüber den Reichen leer, ein harter Sparkurs auf unsere Kosten wird eingeschlagen: Jugendzentren, Büchereien, Bäder, Beratungszentren und andere soziale Einrichtungen werden geschlossen. Staatliche Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung werden gekürzt, Zwangsarbeit eingeführt. „Freiheit" bedeutet hier: Rückzug aus der sozialen Verantwortung.

So ein Europa wollen wir nicht!

Dieses Festival ist eine Aktion der Gegenpolitik und Gegenkultur, egal ob Hip-Hop, Punk, andere Musikrichtungen oder Theater, die sich als eine Form des kulturellen Widerstandes verstehen. Deshalb spielen Musik- und Theatergruppen aus Europa, nicht nur gegen Arbeitslosigkeit und Armut, sondern auch gegen die Verursacher der Massenverelendung, die Bonzen und Konzerne. Auf den verschiedenen Foren und Diskussionen wollen wir uns mit Wohnungsnot, Hausbesetzungen, Widerstand gegen Sozialabbau und den heutigen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Ländern beschäftigen.

Im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben und existenzsichernde soziale Standards nicht nur in der EU müssen wir über den eigenen nationalen Tellerrand hinausschauen und gegenseitige Solidarität und gemeinsamen Widerstand organisieren.

Itaca

Europäisches Netzwerk gegen Arbeitslosigkeit und Armut

ITACA ist ein bis jetzt europäischer Zusammenschluß von Initiativen und Netzwerken, die gegen Ausbeutung, Armut und Unterdrückung kämpfen. Der genaue Name des Netzwerkes ist ITACA – Internationaler Kampf für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit.

Universität Hamburg, vom 5.10., 17 Uhr (Auftaktveranstaltung im Hörsaal des Pädagogischen Instituts) bis einschl. 8.10., 10-15 Uhr (Abschlußveranstaltung im WIWI-Hörsaal A), daran anschließend eine Demonstration. Kontakt und Anmeldung vor dem Kongreß: Itaca Gruppe Hamburg, c/o Das Büro, Thadenstr. 118, 22767 Hamburg, Tel. 040-4322124, Fax 040-4395138.

Die Arbeitsgruppen werden 6. und 7.10. jeweils von 9 bis 13 Uhr und von 14 bis 17 Uhr tagen. Ihre Themen sind:
- Feminisierung der Armut
- Leben im Stadtteil – Recht auf ein Dach: Besetzung
- Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit
- Arbeit: Tariflicher Arbeitsmarkt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse
- Europäische Innen- und Außenpolitik – Unterdrückung als Notwendigkeit des Reichtums
- Kulturworkshop

Die rechten Geschäfte des Dr. Herbert Fleissner

Ein Verlagsprogramm von Joachim Fernau bis David Irving

Dr. Herbert Fleissner ist der "beste Verleger von allen", sagte Ephraim Kishon - und verlieh ihm deshalb eine selbst entworfene Trophäe: eine erhobene silberne Hand zur Abwehr böser Blicke. Eine seltsame Skulptur, denn wer sollte böse blicken auf diesen Mann, der in 40 Jahren vom Kleinverleger aufstieg zum Geschäftsführer der sechstgrößten deutschen Verlagsgruppe: Ullstein/ Langen-Müller - 1985 von Fleissner und Axel Springer begründet. Im letzten Jahr setzten deren 28 Buchverlage über 130 Millionen Mark um - und prominente Autoren wie Ephraim Kishon, Simon Wiesenthal, Willy Brandt und Elie Wiesel schmückten die Programme.

Nur: Der Erfolg Fleissners basiert keineswegs bloß auf diesen renommierten Schriftstellern - seinen Aufstieg verdankt er vor allem der rechtsradikalen Literatur, die er kontinuierlich seit 1953 herausbringt. Dies blieb relativ unbemerkt, bis Fleissner 1983 die SS-Erinnerungen Franz Schönhubers mit großem Erfolg verlegte und deshalb öffentlich angegriffen wurde: Die "Fernseh-Mutter der Nation" Inge Meysel zog seinerzeit ihre Autobiographie zurück, weil sie nicht mit Schönhuber in einem Verlag erscheinen wollte. Fleissner verteidigte sich gegen diese Angriffe mit dem Hinweis, daß er auch Wiesenthal oder Brandt veröffentliche - schließlich müsse er für das breite Publikum eben ein breites Programm bieten. Daß dieses Programm politisch primär rechts breiten Raum einnimmt, hat nun der Journalist Hans Sarkowicz in seinem Buch "Rechte Geschäfte" erstmals systematisch aufgezeigt und dabei die Taktiken und Praktiken des Dr. Herbert Fleissner mit Akribie enthüllt, denn *"die Erinnerungen von NS-Größen und die Ideologien der >Neuen Rechten< scheinen immer Konjunktur zu haben. Trotzdem sieht sich Fleissner nicht als politischer Verleger ... Beim Verlegen habe er zuallererst kommerzielle Interessen, betont er, denn er verdiene sein Geld nicht mit den Vorurteilen anderer, sondern mit Büchern."*

Tatsächlich verdiente Fleissner seine Millionen mit Vorurteilen in Buchform, und Sarkowicz belegt dies in seinem Band mit schlagenden Beispielen. So verlegte Fleissner 1957 in seinem ersten Verlag ausgerechnet das Buch "Europas unbekannte Mitte", in dem der NS-Dichter Wilhelm Pleyer die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei rechtfertigte.

"Dem tschechischen Arbeiter ging es so gut wie nie. Auch die tschechischen Bauern, die sich glänzend entschulden konnten, und deren Erben nicht in den Krieg zu ziehen brauchten, fanden gegen die deutsche Herrschaft wenig einzuwenden. Heydrich mußte fallen, bevor noch mehr zur Versöhnung geschehen konnte."

Derlei Geschichtsfälschung bediente damals die nostalgischen Gefühle der Vertriebenen und füllte die Kasse des Verlegers - aber auch noch 1974 legte Fleissner einen autobiographischen Roman Pleyers wieder auf, den die Nazis 1941 mit dem Volksdeutschen Schrifttumspreis bedacht hatten.

Nach Pleyer brachte Fleissner eine kaum überschaubare Zahl von NS-Prominenten mit literarischen oder biographischen Werken heraus: den "Volk ohne Raum-Dichter"-Hans Grimm und die NS-Parteitagsregisseurin Leni Riefenstahl ebenso wie Goebbels Presse-Referenten Wilfred von Oven und Christa Schröder, die Sekretärin Hitlers - ganz zu schweigen von zig Erinnerungen tapferer Wehrmachtsoffiziere, allen voran das "Flieger-Ass" Hans-Ulrich Rudel.

Mitte der sechziger Jahre hatte Fleissner mit diesen Autoren genügend Geld verdient, um sich die angesehenen Verlage Herbig und Langen-Müller zu kaufen: Somit sicherte er sich die Rechte an Autoren wie Norman Mailer, Karl Kraus, Oskar Schlemmer und Frank Wedekind. Doch der Verleger dachte nicht daran, diese Autoren zu verlegen: im Gegenteil, er verkaufte die Rechte teuer weiter.

Mit großem Erfolg brachte er dagegen die Werke Joachim Fernaus heraus, der noch Ende 1944 als SS-Kriegsberichterstatter im Völkischen Beobachter meinte, daß der Sieg nahe sei. In seinem ersten Buch für Fleissner (Disteln für Hagen, 1966) beschrieb er Hitler als, *"den letzten hybriden Recken der Deutschen. Er wird ein Mythos werden, ob wir wollen oder nicht. In wenigen Generationen wird es so weit sein."*

Marginalie

1991 beklagte Herbert Fleissner in der FAZ den: "Verlust der Wertvorstellungen, die für die Existenz einer jeden Gesellschaft, auch wenn sie noch so liberal und demokratisch sein will, Voraussetzung sind. Es sind dies die vielgeschmähten Begriffe von Mut, Tapferkeit, Einsatzbereitschaft, Vaterlandsliebe und, wenn es sein muß, Opferbereitschaft. Weil diese Begriffe vor zwei Generationen mißbraucht wurden und jeder Begriff heute und morgen mißbraucht werden kann, wird jeder deutsche Autor und Verleger, der sie verwendet, in den Verdacht des Alt- und Neonazismus gestellt."

An diesem Mythos arbeiten fleißig Fleissner-Autoren wie der Auschwitz-Leugner David Irving und Armin Mohler oder der SS-Kommandeur Leon Degrelle, der 1989 als Ehrenvorsitzender ein Komitee zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers zierte und über sein Verhältnis zum "Führer" vor zwei Jahren schrieb:

"Wir beendeten unsere Unterhaltungen stets in einer Form, die man beinahe als kameradschaftlich bezeichnen könnte. Als Beweis dafür braucht man sich nur die Photos anzusehen, auf denen er meine Hand fest mit seinen beiden umschließt. Nur so wird seine immer wieder zitierte Vaterschaftserklärung für mich verständlich. Ich habe meinem Wunschvater nicht nur die letzten neun Jahre seines Lebens die Treue gehalten. Ich halte sie ihm immer noch."

Solche Biographien werden von Publikationen der sogenannten Neuen Rechten ergänzt, die Cheflektor Rainer Zitelmann seit 1991 in Fleissners Ullstein-Verlag herausgebracht hat. In vorderster Front kämpft da Ernst Nolte in seinem letzten Buch dafür, daß dubiose Schriftsteller die Vergasung von Millionen Juden bezweifeln dürfen. Und Noltes Schüler Christian Striefler versucht in seiner Dissertation, die Demokratiefeindlichkeit der Nazis historisch zu legitimieren - Striefler interpretiert dazu seine Quellen außerordentlich tendenziös. *"Von fraglicher Provenienz"*, wie Sarkowicz meint, sind diese Quellen - Gerichts- und Polizei-Akten - allerdings nicht. Doch dies ist wahrscheinlich die einzige Ungenauigkeit in Hans Sarkowiczs präziser Analyse.

Vor einem halben Jahr hat sogar der neue Vorstandschef der Axel Springer AG, Dr. Jürgen Richter, überraschend verkündet, daß sich in der Zusammenarbeit: *"mit dem Partner Fleissner in den letzten Jahren Dinge ereignet hätten, die einer Partnerschaft abträglich sind. Diese müssen zukünftig geändert werden. Springer ist kein Juniorpartner!"* Richter gab zu verstehen, daß Autoren wie Franz Schönhuber und Jörg Haider das Haus Springer diskreditierten. Ob die Kooperation mit Fleissner fortgesetzt wird, scheint offen. *dh*

Hans Sarkowicz, *Rechte Geschäfte - Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner*, Eichborn Verlag (Frankfurt/Main) 1994, 10 DM.

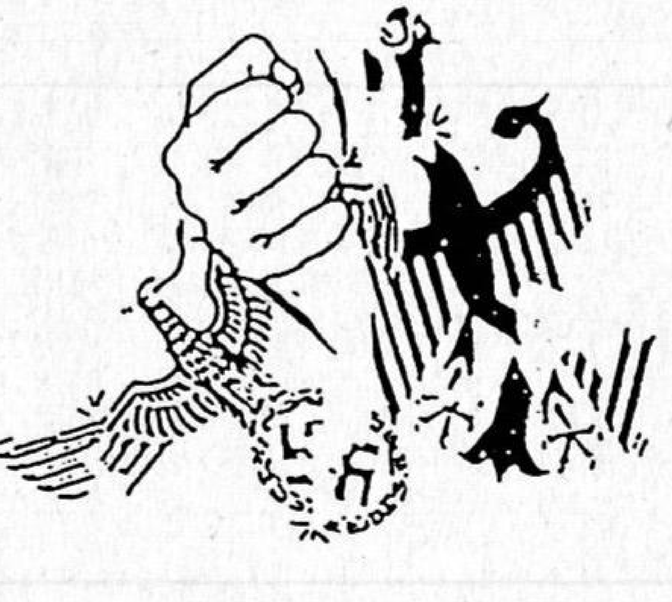






Historische Kommission: Was sie war, was sie wird OZ, AStA & Öffentlichkeit Protestierende Präsis Bildungspolitikerlnnen an der Uni Bundesfachschaftentagung Eliten Piratinnen Pink Floyd Wolf Jobst Siedler Zuviel der Ehre Fleissner, ein verlegerischer Rechtsaußen 18 Juni 95

kampf dem revisionismus



KUNDGEBUNG

gegen das Revisionistentreffen

30.9.95
Stadthalle
(Rothehornpark/Magdeburg)
13:00

Am 30.September wollen "Vertriebenenverbände" in Magdeburg ein Treffen veranstalten. Auch dort sollen wieder die alten revanchistischen Positionen vertreten werden. Ganz im Sinne des herrschenden Geschichtsrevisionismus, wie er sich vor allem in der öffentlichen Diskussion um den 8.Mai zeigte, soll die Vertreibung der Deutschen aus den ehemals faschistisch besetzten Gebieten zu einem Unrecht umgelogen und gegen die Verbrechen Deutschlands aufgerechnet werden. Nachdem die Niederlage im Zweiten Weltkrieg spätestens seit der "Wiedervereinigung" vergessen ist und das neue Großdeutschland das alte Kriegsziel - wirtschaftliche Kontrolle über Osteuropa - mittlerweile erreicht hat, wird auch wieder die territoriale Ausdehnung vorangetrieben. Dabei führend ist vor allem der Bund der Vertriebenen, dessen Forderung nach Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Zuge neuer deutscher Großmachtpolitik wieder aktuell wird.

Stellen wir uns den Revisionisten und Nationalisten entgegen!

NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

Antifaschistisches Aktionsbündnis

Für eine unterdrückungsfreie Gesellschaft –

Faschismus zerschlagen!



DEMO + KUNDGEBUNG

GEGEN DIE FASCHISTISCHE DVU

SAMSTAG · 30.9.95 · AUFTAKT: 12 UHR

RESIDENZPLATZ/PASSAU

AufruferInnen: Antifaschistische Aktion Passau; AntifaJugendFront; Bündnis 90 /Die Grünen KV Passau Stadt; Evang. Jugend im Dekanat Passau; ... Juristinnen; Grüne HSG; Nobra e.V.; SprecherInnenrat; Stadtjugendring; Studentendorf e.V.; Rechtshilfegruppe Passau; Verein zur Förderung ... des kulturellen Bewußtseins junger Menschen e.

3. Oktober '95

Es gibt nichts zu feiern!

In diesem Jahr werden die offiziellen Feierlichkeiten zum „Tag der deutschen Einheit" in Düsseldorf stattfinden. Hochrangige Politprominenz aus Land- und Bundestag, RegierungsvertreterInnen, Wirtschaftsbosse und andere RepräsentantInnen der politischen Klasse feiern den 5. Jahrestag der sogenannten Wiedervereinigung.

Sie alle können mit der Entwicklung in den letzten fünf Jahren zufrieden sein.

Wir werden am 3. Oktober nicht feiern, dazu gibt es keinen Grund!

Ganz im Gegenteil. Äußerungen einflußreicher PolitikerInnen und reale Sozialkürzungen der Regierungskoalition kündigten das neue Selbstverständnis der größeren BRD an. „Würde (...) die Bevölkerung des geeinten Deutschlands (...) ermutigt, den Staat vor allem als Sozialstaat zu begreifen, dann wäre die deutsche Einheit nicht finanzierbar." (Kurt Biedenkopf, FR 27.03.92). Folgerichtig verkündete Wolfgang Schäuble 1993 „das Ende des Wohlfahrtsstaates", „Pflichtgefühl und Patriotismus" müßten an dessen Stelle treten. Die „Nationale Identität" soll als neues Selbstverständnis der StaatsbürgerInnen die ohnehin schon angegriffene sozialstaatliche Orientierung ablösen. Es gebe „wichtigeres im Leben der Nation", so Altkanzler Helmut Schmidt: „Heimat, Vaterland, Treue."

Steigende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot drängen immer mehr Menschen, die nach den kapitalistischen Verwertungsinteressen nicht mehr gebraucht werden, an den Rand der Gesellschaft. Zeitgleich überholen sich die PolitikerInnen gegenseitig beim Abbau von sozialen Rechten, bis sich das „soziale Netz" schließlich ganz auflöst. Rassistische Übergriffe sind zum Alltag geworden, und die staatliche Abschiebemaschinerie funktioniert immer effektiver. Deutsches Militär darf endlich wieder weltweit Krieg führen. Auf dem Weg zur Weltmacht darf Rühes "starke Truppe" nicht fehlen, um den deutschen machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen im Ausland den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Rechtsentwicklung hat auf allen Ebenen dieser Gesellschaft Fuß gefaßt.

Dieser Entwicklung werden wir uns entgegenstellen und aufzeigen, daß es möglich ist, sich zu wehren, und daß diese Ordnung nicht in Ordnung ist.

Es reicht nicht aus, an das gute Gewissen der Mächtigen zu appellieren oder auf eine neue Regierung zu hoffen. Was wir wirklich brauchen, sind Opposition und Widerstand von unten. Wir müssen unseren Protest auf die Straße und in die Öffentlichkeit tragen, laut und deutlich! Deshalb:

Kommt am 3.10. nach Düsseldorf und geht mit uns gemeinsam auf die Strasse!

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit haben wir einige politische Bereiche kurz angerissen, die uns im Zusammenhang mit dem 3. Oktober wichtig erscheinen. Auch diejenigen, die nicht in allen Punkten mit uns übereinstimmen oder andere Themen wichtig finden, sollten sich an der Demonstration beteiligen und ihre Positionen einbringen. Nur gemeinsam können wir etwas verändern!

Aussenpolitik

Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Aufrufs werden deutsche Truppen für den Einsatz in Bosnien mobilisiert. Militärs aus Kasernen mit Namen von Nazi-Generälen brechen auf in ein Land, das schon einmal schwer unter deutschen Truppen zu leiden hatte.

Von den westlichen Industrienationen werden Konflikte geschürt, wie etwa in Ex-Jugoslawien durch die frühzeitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien, um das Versagen von Politik zu „beweisen". Es wird erfolgreich der Eindruck erweckt, nur noch entschlossenes militärisches Handeln könne Probleme lösen. Gleichzeitig wird auch von der BRD das Waffenembargo umgangen und werden Kriegsdienstverweigerer und Deserteure massenhaft den Kriegstreibern auf dem Balkan ausgeliefert.

Das wieder groß gewordene Deutschland schickt sich an, seiner „Verantwortung in der Weltgemeinschaft" gerecht zu werden. Die „Zeit des Trittbrettfahrens", des „nationalen Sonderweges" sei nun, 50 Jahre nach Kriegsende, endgültig vorbei. Diese neuen konsensschaffenden Formeln werden von CDU/CSU/SPD/FDP und Teilen der Grünen unisono skandiert, wenn über das „Wann" und das „Wie" zukünftiger militärischer Optionen debattiert wird.

Hinter diesem Gerede steckt der neue-alte deutsche Imperialismus, der seine - ihm 1945 von den Alliierten aus den Händen geschlagenen - Waffen wieder weltweit einsetzen möchte. Die deutsche Beteiligung an UN-Einsätzen in Kambodscha, Somalia und Ex-Jugoslawien dient vor allem der Gewöhnung an den - im Moment noch von der UNO legitimierten, „moralisch gerechtfertigten" - Einsatz deutscher Soldaten überall auf der Welt - zur „Friedenserhaltung", versteht sich. Aber schon im letzten „Weißbuch" der Bundeswehr kann nachgelesen werden, was wirklich dahintersteckt: „*Konkretes sicherheitspolitisches Handeln muß sich an Interessen orientieren*", heißt es da. So orientiert sich deutsche Sicherheitspolitik auch an der „*wirtschaftlichen Lage als exportabhängige Industrienation und der starken Verflechtung mit der Weltwirtschaft.*" Konkret bestehen die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr - neben der 'Landesverteidigung' - also u.a. in der „*Sicherung*" der „*weltweiten Handelswege*" und strategisch bedeutsamer „*Rohstoffe*", z.B. der Erdöltransporte aus dem Mittleren Osten. Vor allem zu diesem Zweck werden z.Zt. die „*Krisenreaktionskräfte*" genannten schnellen Eingreiftruppen der Bundeswehr aufgebaut.

Bei all dem „Säbelgerassel" darf nicht vergessen werden, daß die BRD, daß etliche deutsche Unternehmen einen immer größeren Anteil an der nichtmilitärischen, wirtschaftlichen Ausplünderung von vier Fünfteln der Erde haben. Konzerne wie VW oder Bayer verdienen in Mexiko, Brasilien und unzähligen anderen Ländern gut an der Abhängigkeit und dem Elend der „3. Welt", zerstören dort die Umwelt und beuten die einheimischen ArbeiterInnen mit Niedrigstlöhnen aus.

Schon jetzt ist die BRD als zweitgrößter Waffenlieferant der Welt auf fast allen Kriegsschauplätzen vertreten: Mit deutschen Panzern und Gewehren führt die Türkei ihren Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen, und massenmörderischen Militärdiktaturen wie in Zaire oder in Guatemala half und hilft die deutsche Bundesregierung gerne mit „Polizeihilfe" aus.

Auch an anderen Fronten „hilft" die Bundesrepublik, so z.B. bei der - offenen und getarnten – Unterstützung und Aufwiegelung sog. "deutscher Minderheiten", vor allem in Osteuropa, aber auch in Belgien. Ein Mittel ist hierbei die Finanzierung deutsch-nationaler Parteien im Ausland und das Ziel ist die Schaffung "deutscher Inseln", deren Interessen dann wirksam von der BRD verteidigt werden können.

Düsseldorf ist ein zentraler Punkt für die Kriegsplanung und den Rüstungsexport: In der Reitzenstein-Kaserne laufen die Fäden für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zusammen, Rheinmetall ist eine der weltgrößten Waffenschmieden.

Flüchtlings-/Asylpolitik

Seit der Einverleibung der DDR nahm die rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und MigrantInnen immer stärkere Ausmaße an, insbesondere geschürt durch die Regierungsparteien und einen Großteil der Medien. Ihre konsequente Umsetzung fand diese Hetze in zunehmenden Angriffen, Morden und Anschlägen der neofaschistischen Szene, oftmals unterstützt durch einen rassistischen Mob deutscher „BürgerInnen" (wie z.B. in Rostock). Die Pogrome wurden - bei Ablehnung der Form - als berechtigter „Protest der überforderten Bevölkerung" (Innenminister Seiters) bezeichnet, die Opfer und das angeblich zu liberale Asylrecht zu Ursachen der Pogrome erklärt. Das Grundrecht auf Asyl konnte mit der notwendigen 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat und einer großen Zustimmung in der Bevölkerung in einer Koalition aus CDU/CSU/FDP und der Mehrheit der SPD-Fraktion de facto abgeschafft werden. Öffentlich begründet wurde dies damit, der „gestiegenen Ausländerfeindlichkeit" die Grundlage entziehen zu wollen. Dabei wurde diese erst durch die Asyldebatte geschürt. Eine Debatte, die jahrelang von diversen Naziorganisationen bis hin zur CDU/CSU und von Teilen der SPD betrieben wurde.

Sammellager, Abschiebeknäste, Sondergesetze und die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl sind bundesrepublikanische Realität. Flüchtlinge im reichen Deutschland leben in erniedrigenden Umständen. Noch nicht einmal die Sozialhilfe, die ein Existenzminimum sichern soll, wird ihnen zugestanden. Sie werden bewußt in Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung gehalten. Dagegen werden Millionen dafür ausgegeben, eine unsichtbare Mauer um Deutschland zu errichten und die Länder Osteuropas als Schutzwall vor den Armen und politischen Flüchtlingen zu mißbrauchen. Deutschland und Europa werden zur Festung ausgebaut - dafür sind alle politischen und finanziellen Mittel recht.

Patriarchat

Anfang des Jahres warb die CDU im Landtagswahlkampf NRW mit dem Slogan "Wer schützt unsere Frauen und Kinder?". Frauen werden als unmündige, hilflose und schutzbedürftige Wesen dargestellt. Es wird ein Bild von "der Frau" kreiert, das darauf ausgerichtet ist, ihr in einer von Männern dominierten Gesellschaft einen bestimmten Platz und bestimmte Funktionen zuzuweisen. Da Frauen biologisch in der Lage sind Kinder zu kriegen, sollen sie diese Funktion auch wahrnehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung tritt zurück hinter den Schutz des "ungeborenen Lebens". Die Übernahme der in der DDR geltenden liberaleren Fristenlösung (ein Schwangerschaftsabbruch war innerhalb der ersten drei Monate straffrei) traf bei KirchenvertreterInnen und konservativen PolitikerInnen auf massiven Widerstand. Da deren Geisteshaltung auch bei der Mehrheit der BundesverfassungsrichterInnen vertreten war, müssen wir jetzt mit einer Fristenlösung mit Beratungszwang leben. Jede Frau, die einen Abbruch vornehmen lassen will, muß eine Beratung über sich ergehen lassen, deren Ziel der Schutz des "ungeborenen Lebens" ist. Ginge es nach der Frauen- und Familienministerin Claudia Nolte, die ja angeblich den Auftrag hat, die Interessen der bundesdeutschen Frauen im Parlament zu vertreten, so hätten Frauen überhaupt kein Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch.

In ihrer gesamten Sozialisation werden Frauen immer wieder mit diesem Bild konfrontiert. Die propagierte „Idealfrau" ist gerne bereit, die an sie gestellten Anforderungen und Ansprüche zu erfüllen.

Auf der einen Seite verschlechtern sich die konkreten materiellen Bedingungen für Frauen, insbesondere in der Ex-DDR massiv. Die Frauenarbeitslosenquote ist wesentlich höher als die der Männer, die materielle Abhängigkeit von (Ehe-)Männern nimmt zu. Zum anderen ist der patriarchalische Grundgeist insgesamt wieder auf dem Vormarsch. Gerade von der CDU/CSU werden funktionale und die patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse unterstützende Rollenzuweisungen an die Frau vorgenommen.

Nicht-heterosexuelle Lebensformen werden in der heutigen Gesellschaft immer noch weitgehend diskriminiert. Die Errungenschaften der Frauenbewegung werden Schritt für Schritt rückgängig gemacht. Emanzipation ist zum Modewort geworden und Feminismus nur noch ein Schimpfwort.

Da es bei uns leider keine ausreichende Auseinandersetzung mit diesem Thema gibt, ist der Text zum Patriarchat sehr oberflächlich.

Sozialpolitik

Wir erleben z.Zt. den größten sozialpolitischen Kahlschlag der Geschichte der BRD. Während die Gewinne von Banken, Versicherungen und Konzernen explodieren, werden gerade die Schwächsten gnadenlos ausgeplündert. Kindergärten schließen, Unterricht fällt zuhauf aus, kranke, behinderte und alte Menschen sind zunehmend unterversorgt, die Arbeitslosigkeit pendelt um Höchstwerte, Millionen können sich keinen angemessenen Wohnraum leisten, hunderttausende Kinder gelten als arm. Und immer wieder finden die Regierenden neue Wege, angeblichen Mißbrauch zu bekämpfen.

Seit der Einverleibung der DDR und dem Zerfall des "real existierenden Sozialismus" hat die BRD ihre Schaufensterfunktion für den Osten verloren - die Konkurrenz zwischen den Systemen ist weggefallen. Es gibt für das deutsche Kapital keine Notwendigkeit mehr, den BürgerInnen der BRD bessere soziale Rechte zu gewähren als z.B. den BürgerInnen Italiens oder Großbritanniens, von den USA ganz zu schweigen. Das Zeitalter der "Sozialpartnerschaft" ist vorbei! Konsequent wird das soziale Netz aufgelöst, werden soziale Errungenschaften abgebaut, werden Rechte beschnitten. Zeitgleich setzt sich Standesinteresse bzw. Gruppendenken durch, verlieren die Gewerkschaften immer mehr an Vertrauen und werden gezielt geschwächt (z.B. § 116 AFG). Teilweise sind Tarifverträge das Papier nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben stehen. Während bei den "Unteren" das Zusammengehörigkeitsgefühl geschweige denn Klassenbewußtsein kaum noch vorhanden ist, wird der Klassenkampf von oben verschärft geführt! Abschied wird von alten sozialdemokratischen Befriedungsstrategien (wie Vollbeschäftigung, sozialer Wohnungsbau, sichere Existenz für Alte und Kranke) genommen. Auf dem Weg in die 2/3-Gesellschaft werden mehr und mehr Menschen von sozialen Leistungen ausgeschlossen.

Innenpolitik

Mit dem „großen Lauschangriff" und den damit verbundenen Angstkampagnen vor der „organisierten Kriminalität" werden ein weiteres Mal massiv Grundrechte eingeschränkt. Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten verschwindet immer mehr. Datenschutz ist schon lange kein Thema mehr, wenn es z.B. um die Erfassung von Flüchtlingen geht. Auf dem Weg zum autoritären Staat werden politisch Unliebsame mittels §129a u.a. eingeschüchtert oder eingesperrt. In einigen Bundesländern können Menschen gar präventiv bis zu 14 Tagen in „Vorbeugehaft" genommen werden.

BÜNDNIS „3.10. - ES GIBT NICHTS ZU FEIERN !"
DÜSSELDORF

HALLO LEUTE,

wir sind eine Guppe von Menschen, die seit vielen Jahren in selbstverwalteten Betrieben oder Kollektiven arbeiten und in politischen Zusammenhängen mit verschiedenen Themenschwerpunkten aktiv waren oder noch engagiert sind.
Nachdem die BAW (Bundesanwaltschaft) am 13.Juni '95 in einer als großen Coup inszenierten Aktion mehr als 60 Wohnungen, linke und auch feministische Projekte von hunderten Polizisten und der Unterstützung des BKA durchsuchen ließ, haben wir uns überlegt, in welcher Form wir öffentlich unsere Solidarität mit den kriminalisierten Menschen zum Ausdruck bringen können. Das Ergebnis ist der vorliegende Plakatentwurf.

Zu den Hintergründen:

Die BAW hat - in den bürgerlichen Medien als großen Erfolg gefeiert - gegen Dutzende von Leuten in verschiedenen Städten Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet; mit der Konstruktion sie hätten die zu sog. "terroristischen Vereinigungen" kontruierten Gruppen wie "AIZ" und "K.O.M.I.T.E.E." unterstützt.
4 Menschen sitzen im Knast unter "Isolationshaftbedingungen", weil sie angeblich an der Verteilung oder Herstellung der Zeitschrift RADIKAL mitgewirkt hätten.
Das "Neue" an den Ermittlungsmethoden der BAW ist, eine Zeitschrift zu einer "kriminellen Vereinigung" zu erklären. Nur allein im Zusammenhang mit der RADIKAL wurden seit Juni 35 Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet.
Die Repression gegen diese Zeitschrift, die noch vor einigen Jahren eine durchaus wichtige Diskussionsgrundlage für viele linksradikale Zusammenhänge war, hat eine mehr als 15-jährige Geschichte.

Für uns bedeutet die Solidarität ......nicht, daß wir der Zeitschrift RADIKAL unkritisch gegenüberstehen. Jedoch steht sie nicht nur für militante Politik oder verdeckte Herstellung, sondern sie bietet - wie viele andere Zeitschriften - immer noch ein Forum für politische Auseinandersetzungen über Rassismus, Antisemitismus, über antifaschistischen Kampf und patriarchale Strukturen, ob in der Gesellschaft oder in unseren eigenen linken Reihen.

Soweit Wir !
Ihr könnt jetzt bei Euch in den Betrieben und Projekten
diskutieren, wie euer Verhältnis u.a. zur Zeitschrift RADIKAL ist.

Wir wünschen uns, daß sich ganz viele Betriebe und Projekte unter das Plakat setzen.
Da Öffentlichkeitsarbeit und Widerstand NIE umsonst ist, bitten wir Euch auch mal in eure Ladenkasse zu greifen und ein bißchen Kohle auf dieses Konto zu überweisen:

Rote Hilfe Berlin
!Stichwort! 13.6. Plakat
(nicht vergessen anzugeben!)
Konto-Nr. 71 89 590 600
Berliner Bank
(100 200 00)

DAS WAR'S !
Die Leute von der Tankstelle

So, füllt den Zettel bitte aus und sendet oder faxt ihn an diese Anschrift:

"Projektinitiative Plakat" im
Antirepressionsbüro
c/o PDS Kreuzberg
Diefenbachstr. 33
10967 Berlin
Fax: 6949354

....
(Name des Betriebs, Projekts,Initiative,etc.)

....
(Anschrift - wg. Plakat zuschicken!)

Für eine vielfältige Widerstandspresse



1995

Am 13. 6. 95 werden bundesweit mehr als 80 Privatwohnungen, linke und feministische Projekte durchsucht. Eir Vorwand – neben der angeblichen »Mitgliedschaft und/oder Unterstützun einer sog. kriminellen / terroristischen Vereinigung« wie AIZ oder K.O.M.I.T.T.E. – ist der Vorwurf der redaktionellen Mitarbeit und Verbreitung der RADIKAL. Mehr als 30 Ermittlungsverfahren werden eingeleitet, 4 Menschen sitzen seither im Knast wegen »angeblicher Beteiligung und Herstellung« der RADIKAL, ein Mensch sitzt wegen Aussageverweigerung in Beugehaft.Die neue Dimension dieser 129a-Aktion ist, Redaktionsarbeit selbst zur Tätigkeit einer sog. »kriminellen Vereinigung«, deren Zweck das Begehen von Straftaten sei hochzustilisieren. Linke und feministische Projekte sollen eingeschüchtert und kriminalisiert werden.

1986

Durchsuchungen in mehr als 100 Buchhandlungen, Infoläden, Zentren und Privatwohnungen, um die legale Vertriebsstruktur der RADIKAL zu kriminalisieren. 192 Ermittlungsverfahren werden eingeleitet, 38 Anklagen erhoben, 12 Prozesse finden statt, 5 Personen werden zu Bewährungsstrafen verurteilt.

1984

Benny Härlin und Michael Klöckner werden zu jeweils 2 1/2 Jahren Knast verurteilt, als angeblich presserechtlich Verantwortliche und Mitarbeiter der RADIKAL.

1978

Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen der RADIKAL zu einer Geldstrafe von 875 DM.

Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren
Sofortige Freilassung der Gefangenen

nterstützerInnen:

[redacted] RÜCKMELDUNGEN BIS SPÄTESTENS FREITAG 13.10.1995

KRIMINALISIERUNG DER ANTIFA IN PASSAU

Seit der Veröffentlichung des Hintergrundberichts zu Passau (in der aktuellen Rote Hilfe-Zeitung 3/95) ist die Situation vor Ort nochmals eskaliert und soll deshalb an dieser Stelle öffentlich gemacht werden.Da wir davon ausgehen, daß die Hintergrundkenntnisse bisher nur einem eingeschränkten Kreis zugänglich sind, haben wir den entsprechenden Artikel zum Nachdruck beigelegt.

Die aktuelle Entwicklung:
7.7.: Als Reaktion auf die Selbstmorde in der Szene wird von Seiten der „Antifa" der Kampf für ein autonomes Jugendzentrum aufgenommen. Unter dieser Forderung gelingt es, gemeinsam mit den verschiedenen örtlichen Jugendszenen den Protest auf die Straße zu tragen. Dafür soll jedes Wochenende eine demonstrative Party in der City stattfinden, um so das Fehlen geeigneter Räume aufzuzeigen. Die erste dieser Partys verläuft völlig friedlich. 90 Jugendliche feiern, bis ihnen nach mehreren Stunden von der Polizei Platzverbot erteilt wird. Reaktion der Lokalpresse :"JUGENDLICHE RANDA-LIEREN IN DER FUSS GÄNGERZONE(...) Erst mit Verstärkung bekam die Passauer Polizei die Situation in den Griff(...)Um weitere Pöbeleien zu verhindern, wurden Gäste aus den innerstädtischen Gaststätten zum Teil sogar unter Polizeischutz zum Auto oder nach Hause geleitet." Diese zunächst nicht nachvollziehbare Überreaktion der Presse auf ein friedliches Ereignis mit allgemein akzeptierter Zielsetzung (Jugendzentrum) erweist sich in der folgenden Zeit als Teil einer planmäßigen Stimmungmache.

14.7.:Die zweite, zunächst wiederum friedliche Party mit 70 TeilnehmerInnen wird nach kurzer Zeit gewaltsam aufgelöst. Unmittelbarer Anlaß ist der Versuch der Polizei, ein Transparent zu beschlagnahmen. Dabei kommt es zu 3 Festnahmen und 3 Verletzten, davon einer krankenhausreif.Auf diesen wird noch im bewußtlosen Zustand eingeprügelt. Die Verletzten finden in der Lokalpresse ebenso Erwähnung wie die politische Aussage der Veranstaltung, jedoch im Zusammenhang mit Lügen über die„laut Polizeibericht erschreckend aggressiven Angriffe auf Beamte", die"grade noch verhindern können,daß ihnen die Pistolen entrissen wurden".Polizeirat Mannichl will gar mitgekriegt haben,"wie 13- und 14jährige Mädchen an schweren Gewalttaten gegen Polizisten beteiligt sind."

19.7.:Die CSU stellt im Stadtrat eine Anfrage bezüglich der Sicherheitslage in Passau. Der SPD- Oberbürgermeister sieht zwar auch Anlaß zur Sorge, warnt aber davor , daß aufgrund der „Antifa-Debatte" Passau „Anziehungspunkt für Autonome und Punker aus der ganzen Bundesrepublik wird". Die Polizei habe ihn immer wieder davor gewarnt, dieses Thema öffentlich auszuschlachten. Jedoch habe er mit Polizei und Jugendamt konkrete Pläne ausgearbeitet und gehe davon aus, daß das Problem in Bälde gelöst sei.

21.7.: Dieses wie die folgenden Wochenenden patrouillieren hochaus-gerüstete Sondereinheiten der Polizei in kleinen Gruppen durch die Stadt. Die Präsenz des Unterstützungskom-mandos (USK) ,das nicht in Passau stationiert ist und folglich speziell zum Sondereinsatz angefordert wurde, läßt es den Jugendlichen klüger erscheinen, ihre regelmäßigen Partys bis auf weiteres auszusetzen.

27.7.:100 DemonstrantInnen fordern ein autonomes Jugendzentrum. Dem voraus gingen schikanöse Bedingungen des Ordnungsamtes, die in Passau inzwischen Normalzustand zu werden drohen. Z.B. wurde für die Demo kein Fronttransparent gestattet! Die Veranstaltung verläuft völlig friedlich und wird fast ausschließlich von Passauer Jugendlichen getragen, darunter viele ohne politische Vorgeschichte. In der lokalen Monopolzeitung wird daraus die Schlagzeile: „Viele auswärtige Teilnehmer: 100 Autonome demonstrierten friedlich" Auf diese Weise soll versucht werden, den bereits stigmatisierten Ansätzen einer lokalen Jugendbewegung jede örtliche Verankerung abzusprechen.

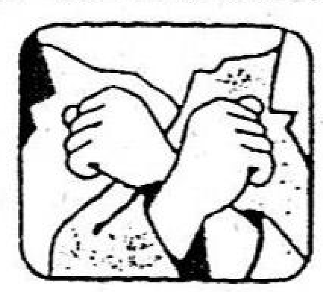
3.8.: Der Halbjahresbericht des bayrischen Verfassungsschutzberichtes stellt insbesondere die „Autonomen-szene" in Passau in den Vordergrund, die für eine Zunahme der linken Gewalt im Freistaat gesorgt haben soll In der autonomen Szene entdeckt der VS „eine zunehmende Bedrohung für die innere Sicherheit.(...)Die Schaffung erster dauerhafter Strukturen ermöglicht ihnen erstmals eine kontinuierliche Arbeit". Ein eigenes Kapitel wird dabei der Szene in Passau gewidmet.Hier wird behauptet:„Über die AA/BO und insbesondere weitere personelle Verflechtungen ist die Passauer Szene in bundesweiten Informationsaustausch und Aktivitäten eingebunden". Wie diese „insbesonderen weiteren personellen Verflechtungen „ beispielsweise aussehen sollen, wird dann klargestellt im Kapitel „Terror und sonstige politisch motivierte Gewalt":
Hier wird den Passauer Autonomen nicht nur ein dubioser, angeblich potentiell tödlicher Brandanschlag auf ein Polizeiauto vorgeworfen,für den es bisher keinerlei Bekennerschreiben gibt. Nicht nur wird erstmals der angebliche Fund einer gebrauchsfertigen Rohrbombe in einem Sprengstoffbunker bekanntgegeben, (in dem sich ausserdem Schriften mit Texten der Roten Armee Fraktion befunden haben sollen.)
Um die „Terrorliste" komplett zu machen, wird auch noch eine Verbindung zur Berliner Gruppe „Klasse gegen Klasse" konstruiert. Einzig und alleine aus dem Auffinden des Graffities „KGK" in Passau schlußfolgern die Behörden, dies lasse „Rückschlüsse auf personelle Verflechtungen mit Berliner Autonomen" zu, was ja wohl nahelegen soll, daß die Graffities nur von KGK selber angebracht werden konnten.Um konkret zu werden, endet die Einschätzung mit dem Satz: „Bindeglied ist dabei die militante „Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation", in der Gruppen aus beiden Städten organisiert sind. Hier deutet sich -(analog zum Vorgehen am 13.6. wg. Radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E.)das öffentlichkeitswirk-same Zusammenwerfen völlig verschiedener Ansätze zu einem „terroristischen Brei" an.

September: Eine ehemalige Passauerin wird in Berlin als Zeugin vorgeladen . Es geht um Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §129a.

September: 4 AntifaschistInnen aus der durchsuchten WG in Passau werden von der Staatsanwaltschaft zur erkennungs-dienstlichen Behandlung geladen.

Wie die Situation sich weiterentwickelt, ist noch nicht absehbar. Da die Polizei sich aber vermutlich nicht nehmen läßt,weiterhin Konstrukte aufzubauen, an dieser Stelle zum wiederholten Male die Aufforderung: Aussageverweigerung in jeder Situation!!!

ROTE HILFE BERLIN
c/o NACHLADEN
WALDEMARSTR.36
10999 BERLIN
TEL/FAX: 6157329



Viele auswärtige Teilnehmer
Protest für freies Jugendzentrum
100 Autonome demonstrierten friedlich

Antifa-Debatte
Schmöller: CSU-Antrag schadet der Stadt Passau

Antifa protestiert wegen Zeughaus – Schläge, Festnahmen und Verletzte
Polizei löst nicht angemeldete Versammlung in der Fußgängerzone auf – Jugendliche sprechen von Spontan-Demo

Neuerliche Randalnächte in Passau
Verletzte bei Prügeleien zwischen Antifa-Jugendlichen und Polizei

... nur wenige davon sind in diesem Land verboten

Kriminalisierung in Passau: Der Staatsschutz schließt zwei Akten

■ „Viel hineininterpretiert" wird nach Verlautbarung des Passauer Polizeirats Mannichl in die Selbstmordserie unter Passauer Jugendlichen, die seit Juni bundesweit Schlagzeilen macht und dem Magazin „Spiegel" eine Titelstory wert war. Dabei könnte er zufrieden sein: die politischen Hintergründe wurden ausgeblendet, der offensichtliche Zusammenhang zwischen den ersten Toten fand in der Presse keine Erwähnung. Die beiden Antifaschisten waren Hauptverdächtigte der militanten Aktionen zum Jahreswechsel („Sylvesterkrawalle") und Betroffene von Hausdurchsuchungen und § 129-a-Ermittlungen. Diese Ermittlungen sind eingebettet in eine um sich greifende Repressionswelle gegen antifaschistische Zusammenhänge in der Region. Vergleichbare Situationen lassen sich momentan in vielen anderen bundesdeutschen Städten beobachten. Anhand der Passauer Ereignisse soll daher beispielhaft die Praxis der staatlichen Anti-Antifa und ihre Folgen aufgezeigt werden.

Die Ausgangslage

Oft setzt die Repression genau dann ein, wenn linke Strukturen in ihrer Region eine gewisse Stärke erreicht haben. In Passau fanden die Ermittler des Landeskriminalamtes die folgende Situation vor, in der sie sich zum Zuschlagen entschlossen:

Seit 1985 war die Autonome Antifa (neben den Grünen) bestimmende Kraft bei den alljährlichen Demonstrationen gegen das Treffen der faschistischen DVU. Die Parteien des Stadtrats beschränkten sich -je nach öffentlicher Stimmungslage- auf eine kleine Alibikundgebung am Tag vor der eigentlichen Konfrontation oder aber auf völlige Distanzierung von jeglicher Demo. So kam es alljährlich zu Antifa-Demos mit mehreren tausend TeilnehmerInnen und einem Bündnis bis weit hinein ins linksliberale Spektrum. Obwohl die Antifa '87 und '92 militante Mobilisierungen durchführte, gab es im Bündnis keine Distanzierungen. Schließlich kam niemand, der sich ernsthaft antifaschistisch engagieren wollte, an diesen Strukturen vorbei. Durch Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, Interviews gegenüber den lokalen Medien und ständige politische Präsenz war es der antifaschistischen Linken gelungen, eine breite öffentliche Akzeptanz zu erzielen.

Die Veranstaltungen gegen die DVU-Treffen mit ihrer bundesweiten Bedeutung ermöglichten linke Agitation und das Knüpfen vielfältiger Kontakte, so daß sich Passau zu einer der Hochburgen der autonomen Szene in Süddeutschland entwickelte. Selbst die damit verbundene ständige militante Praxis kleiner Gruppen führte zu keiner Aufregung in der Öffentlichkeit der 50.000-EinwohnerInnen-Stadt, obwohl der Verfassungsschutz 1992 sogar versuchte, nach mehreren Brandanschlägen eine „terroristische Revolutionäre Zelle" zu konstruieren.

In den 90er Jahren entwickelte sich mit dem Konzept der „Jugend-Antifa / Antifa Jugendfront" die mitgliederstärkste politische Jugendgruppe der Region. Dementsprechend war auch das äußerliche Bild der Stadt geprägt von der Präsenz einer auffallend großen antifaschistischen Jugendszene, von linken Plakaten und Graffities.

Der polizeiliche Angriff auf die politischen Grundlagen ...

Repression wird auf unterschiedlichen Stufen eingesetzt und umfaßt weit mehr als nur die direkte polizeiliche Gewalt. Oft wird durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen auf die politische Isolierung abgezielt, auf die Einschüchterung der potentiellen Bündnispartner von betroffenen Gruppen.

In Passau wurde dies spätestens '94 deutlich: Als im Rahmen einer Kampagne gegen Nazischallplatten die Scheiben eines Musikgeschäfts zu Bruch gingen, ereiferte sich der Polizeisprecher in einem Sensationsbericht über die Antifa, die (sinngemäß) „nicht das Recht hat, den Händlern ihre Waren zu diktieren". Mit dieser Überzeichnung antifaschistischer Möglichkeiten und Verkennung realer Machtverhältnisse wurde die örtliche linke Szene zur Bedrohung für den rechtsstaatlichen Bürger hochstilisiert. Eine Linie, die die lokale Monopolpresse dankbar aufgriff: Als sich im selben Jahr die Autonomen weigerten, sich anläßlich der DVU-Gegenveranstaltungen verbal von Militanz zu distanzieren, wurden Interviews mit sämtlichen Stadtratsparteien durchgeführt, wie weit die Antifa eine Gefahr darstellt. Besonders aufgegriffen wurden dabei angebliche anonyme Stadträte, die sich zum Thema nicht äußern wollten, „weil mir die Antifa sonst das Haus abbrennt".

Zum Jahreswechsel 94/95 führte eine „antiimperialistische Zelle Halim Dener" mit Bezug auf Kurdistan eine militante Aktion durch, in deren Verlauf viele Banken und Handelsketten in der Innenstadt entglast wurden. Danach verschärfte sich der Tonfall in der Lokalpresse und der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit. Ziel war jetzt nicht mehr „die Antifa" im allgemeinen, sondern die „Antifaschistische Aktion", die Ortsgruppe der bundesweiten Organisation AA/BO. Die Rede war von der „Antifaschistischen Aktion Halim Dener", wegen einer zeitlich nahegelegenen Kurdistan-Demo dieser Gruppe wurden Zusammenhänge zur Sylvester-Aktion hergestellt. Im Verfassungsschutzbericht wurde der Gruppe ohne jeden Beweis unterstellt, im Superwahljahr 94 einen NPD-Stand vermummt abgeräumt zu haben.

Auf einer Pressekonferenz erklärte die Passauer Polizeisprecherin dagegen:"Die Antifa-Leute sind ausgesprochen clever. Da werden wir uns hüten, irgendwas Unrechtes zu tun." Mit dieser Erklärung sollte schon im Vorfeld jeder mögliche Protest gegen das Vorgehen der Staatsorgane zur raffinierten Verleumdungskampagne erklärt werden. Die Lokalpresse griff die Bemerkung dankbar auf.

Die Stimmungsmache blieb nicht ohne Folgen: Die Jusos, schon seit Jahren ein wankender Bündnispartner und mehrfach von der SPD aus dem „radikalen" Bündnis zurückgepfiffen, nutzten die Gunst der Stunde und sagten sich von der Antifaschistischen Aktion los, mit der sie zukünftig wegen ihrer Gewaltbereitschaft nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Zusammen mit der SPD und Gewerkschaften versuchen sie dieses Jahr erstmals, am Tag der DVU-Veranstaltung eine Gegendemonstration zu organisieren, bei der die Autonome Antifa ausgegrenzt werden soll.

... auf die materiellen Grundlagen ...

Wenige Tage nach Sylvester stürmte die Polizei eine linke Wohngemeinschaft mit einem Durchsuchungsbefehl: Der Anlaß: Es handele sich um eine „ideologische Gemeinschaft", aus der eine Frau dringend mehrerer Strafta- →

Beckstein besorgt über Aktivitäten der PKK und der „Autonomen Szene“ in Passau

Diskussion mit Jugendamt

Punks wollen Treff, Nachtlager oder nichts

Jugendliche von Antifaschistischen Aktionen geben bei Gesprächen Ton an – Eltern-Proteste ...

Glück fordert nach Passau-Krawallen: Die Randalierer sollen selbst aufräumen

Brief ans Innen- und Justizministerium wegen der Prüfung möglicher Ersatzansprüche

„Spontan-Demo“

Randale in der Fußgängerzone

Erneut Randale

Innenminister: Die „Passauer Szene“ sorgt für Linksterror

ten verdächtig sei. Sie hatte nämlich in dem Schallplattenladen gearbeitet, der wegen dem Verkauf von Naziplatten Ziel einer Antifa-Aktion wurde. Mit diesem haarsträubenden Konstrukt (mit dem ja zukünftig jeder Wohnkomplex durchsucht werden könnte, wenn sich nur gegen einen Einzelnen etwas konstruieren läßt) werden Polizei und Staatsanwaltschaft wohl kaum gegen die noch anstehenden gerichtlichen Klagen bestehen können. Doch der eigentliche Zweck wurde erreicht: Von der Durchsuchung und ihren Resultaten wurde der Vermieter alarmiert. Dies war zum wiederholten Male der Versuch, über Druck auf diesen Vermieter die materiellen Grundlagen (Wohnraum) der Verdächtigen anzugreifen. Mit derselben Zielrichtung wurden Polizisten kurze Zeit später bei einem Pizza-Service vorstellig, der für einige Menschen aus der Szene eine wichtige Erwerbsquelle darstellt. Hier wurde dem Geschäftsführer erklärt, daß die bei ihm als Pizzafahrer Angestellten verdächtig oft bei der (nahegelegenen) Polizeidienststelle herumkurvten und deshalb eines dubiosen Anschlags verdächtig seien, der wenige Tage zuvor auf ein Polizeiauto versucht worden war. Bei anderen AntifaschistInnen tauchte die Polizei in der Lehrstelle und der Schule zum Verhör auf. Solches Verhalten mündet zwar nicht in Strafen im juristischen Sinn, kann aber die existentiellen Grundlagen wirkungsvoll bedrohen.

Gleichzeitig hagelte es Ordnungsstrafen. Nachdem die Stadtverwaltung eine verschärfte Plakatierordnung erließ, stürzten sich Zivilfahnder auf jeden Plakatierer (sogar auf die Klebekolonnen der Werbefirmen). Dies führte zu einer Reihe von empfindlichen Geldstrafen. In einem Fall wurde eine Plakatiererin sogar wegen Volksverhetzung verurteilt. Sie wurde mit dem bundesweit geklebten Plakat der AA/BO zum Frauenkampftag 8. März aufgegriffen, auf dem 2 Frauen eine Fensterscheibe mit Symbolen des patriarchalen Systems einschmeißen. Dies stelle einen Aufruf zur Gewalt dar und „stehe in einem engen, örtlichen, zeitlichen und tendenziellen Zusammenhang mit weiteren in Passau verübten Straftaten.“ Die Botschaft war deutlich: Wer sich in Passau weiterhin für linksradikale Politik einsetzt, dem werden sämtliche politischen Straftaten der letzten Jahre mitangerechnet.

... auf die sozialen Zusammenhänge.

Repression bedeutet Psychoterror in den verschiedensten Schattierungen: Dauerobservationen von Antifas, ständige Leibesvisitationen und Personenkontrollen bei längst Bekannten, das Einnisten gegenüber Szenewohnungen mit demonstrativem Filmen aller BesucherInnen über Wochen hinweg usw. Die dadurch geschaffene Atmosphäre führte teilweise dazu, daß sich Betroffene in ihren Wohnungen und Kneipen nicht mehr unterhalten wollten. Damit einher gingen mehrere Staatsschutz-Versuche, Jugendliche mit hohen Geldsummen für Spitzeldienste in der Politszene zu werben. Dies hat immer auch das Ziel, Mißtrauen in den Gruppen zu schüren und so das soziale Klima zu vergiften.

Doch die Polizei ging noch weiter: Wegen Unzufriedenheit mit den zu wenigen Denunziationen aus der Bevölkerung bezüglich der Silvesterrandale hatte das LKA zudem eine „Bürgerbefragung“ begonnen, die sie unter das Motto stellte „Wenn der Zeuge nicht zur Polizei geht, geht die Polizei zum Zeugen. „Dabei wurden in der Altstadt von Tür zu Tür Hausbesuche durchgeführt und Fragen nach auffälligen Ereignissen gestellt. Im Zuge dieser „Nachforschungen“ stellte sich heraus, daß bei dem Altstadtbewohner Matthias H. (14) schwarzgekleidete Gestalten ein- und ausgehen und in der Nähe seiner Wohnung politische Graffities aufzufinden sind. Matthias verweigerte sich aber dem „zwanglosen Türgespräch“. Am selben Tag stürmte das LKA seine Wohnung – mit Durchsuchungsbefehl. Ausbeute: Ein paar Gramm Haschisch, ein Transparent, auf dem u.a. der Schriftzug „RAF“ war, sowie die Personalien der anwesenden Freunde von Matthias. Die Folge: Matthias bekam ein 129a-Verfahren, seine Freunde wurden -mit Eltern- zum LKA vorgeladen – Verhöre wegen „Rauschgift und Terrorismus“. Damit sollte Matthias von seinem Freundeskreis isoliert werden. In Folge der Durchsuchung kündigte ihm darüberhinaus die Vermieterin.

Repression hat viele Auswüchse

Die dargestellten Methoden der Staatsgewalt mögen als Einzelmaßnahmen bestenfalls lästig sein, als geballte Kampagne mit politischer Zielrichtung haben sie ihre Wirkung aber entfaltet. Die Situation in der politischen Szene ist desolat. Von den 4 Hauptverdächtigten der „Sylvesterkrawalle“ (alle 4 von der Polizei unter Handlungsdruck und willkürlich aufgrund anonymer Anrufe ausgewählt) ist einer bereits fortgezogen, ein zweiter will die Stadt baldmöglichst verlassen. Die Antifaschisten Daniel (14) und Matthias begingen Selbstmord.

„Stets waren Selbstmörder seine Idole: Gudrun Ensslin, Jim Morrison, Kurt Cobain“ (Der Spiegel) Die Entscheidung für den Freitod entspringt selbstverständlich immer den verschiedensten Motivationen. Die Reduzierung auf eine einzige Ursache greift immer zu kurz. Sicher ist aber, daß der staatliche Angriff in den oben beschriebenen Formen in Situationen subjektiver Perspektivlosigkeit genauso Auslöser wie auch Verstärker sein kann für Verzweiflungstaten, die nur der politischen Gegenseite nutzen. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß unter den zahlreichen Presseberichten über die Tode nicht ein einziges Mal die gemeinsame Polizei-Verfolgung von Daniel und Matthias Thema war. Stattdessen wurden sie in bundesweiten Schlagzeilen zu Drogentoten und typischen Vertretern ihrer perspektivlosen Generation hochstilisiert, ihre Biographien wurden individualpsychologisch aufgebauscht. Ihr politischer Hintergrund wurde auf die individuelle Auffälligkeit reduziert, zu der Selbstmörder nun mal neigen. Daniel wurde zum pubertären Tobsüchtigen, der die Kapitalistenschweine (=seine Eltern) haßte und dann doch zu anarchistisch war für „die straffe Organisation der Antifa“, Matthias als organisierter Linker wurde aus dieser Seifenoper weitgehend ausgeblendet. Sein politischer Abschiedsbrief wird vom Staatsanwalt bis heute nicht freigegeben.

An die Öffentlichkeit treten durfte stattdessen die bereitwillige Punkszene, die den Journalisten gerne erzählte, was diese hören wollten und die so bundesweite Aufmerksamkeit erlangte. Aus dem Kreis dieser Interviewten kam es dann zu weiteren spektakulären Selbstmordversuchen, die dann als „Selbstmordserie in Passau“ dem Spiegel eine Titelgeschichte wert waren

Von all dem unbeirrt scheint die bayrische Polizei. Die Ermittlungsverfahren, mit denen die Antifaschisten drangsaliert worden waren, wurden nämlich keinesfalls eingestellt, sondern vielmehr ausgeweitet: Wie aus Vorladungen zu entnehmen ist, laufen gegen eine unbekannte Zahl von Personen Ermittlungen wegen 129a. Jetzt aber nicht mehr wegen *Werbung* für eine terroristischen Vereinigung, sondern wegen *Mitgliedschaft* Offensichtlich wertet das LKA seine „bayerische Linie“ und deren Resultate als Erfolge, auf denen sich in Zukunft aufbauen läßt.

OG Berlin (in Zusammenarbeit mit AntifaschistInnen aus Passau)

DIE ROTE HILFE 

beutet **A**us
macht **R**assistischen Terror
ist eine weitere **W**ohnungslüge
schafft **O**bdachlosigkeit
ist **B**etrug
sind sowieso **A**rschlöcher

Uuuarrrghh!!

Die ARWO-Baugesellschaft löst nacheinander die Wohnheime der VietnamesInnen auf: Im April, Mai und Juni wurden die Wohnheime in der Havemannstraße gekündigt und zum Teil durch die Polizei geräumt. Zur Zeit werden die Wohnungen in der Zingster Straße geräumt und in der Rhinstraße wird jetzt Block für Block, Monat für Monat gekündigt.Allein in der Rhinstraße sind davon ca. 3000 VietnamesInnen betroffen.
Die Vertreibung der VietnamesInnen aus ihren Wohnheimen ist kein Alleingang eines Miethaies, sondern Politik: Die Ausländerbeauftragte des Senats, Frau John forderte die Auflösungen der Wohnheime um die VietnamesInnen vom Zugriff der "Wohlfahrtsverbände" (Schutzgelderpressung) zu entziehen. In Wahrheit ist es ein Rausschmiß in die Obdachlosigkeit! Auf die Frage hin, was aus den Vietnamesinnen werden soll, die die Wohnheime verlassen müssen, antwortete der Heimleiter, Herr Kretschmann sarkastisch: "Da müssen Sie die Mafia fragen."
Um was es eigentlich geht ist der Rauswurf der VietnamesInnen aus Deutschland. Der Druck auf die VietnamesInnen soll auf das Unerträgliche gesteigert werden, bis sie keine Chance mehr sehen, hier weiter leben zu können und sich den geplanten Abschiebungen nicht entziehen.

Die landeseigene Arwobau ist ein Beispiel dafür, wie wirtschaftliche Interessen und Rassismus Hand in Hand gehen und sich gegenseitig verstärken. Die Arwoklau verlangt für 12-m²-Zimmer der allermiesesten Qualität Preise von 30 DM / m². Bei der Auflösung der Heime bedient sich die Gesellschaft vielfältigster illegaler Methoden:
In den letzten Tagen vor dem Ablauf der Kündigungen in der Rhinstraße Block C wurden die BewohnerInnen von Heimleiter Kretschmann, zusammen mit Bullen, massiv zum Auszug gedrängt. Er drohte mit einem Polizeieinsatz für den Fall, daß die Wohnungen nicht bis 31.8. 15. 30 Uhr leer sind - sowie mit dem Abstellen von Strom und Wasser. Dies alles, obwohl sich einige BewohnerInnen gegen diese Kündigungen juristisch zur Wehr setzten. Dabei setzt die Heimleitung ganz bewußt auf die Ängste und die Unsicherheiten der vietnamesischen BewohnerInnen und deren Unkenntnis des geltenden Mietrechts.
Zur Verunsicherungsstrategie gehört auch, gegen Gemüsestände vorzugehen, die einige BewohnerInnen im Innenhof des Gebäudekomplexes als Teil der Selbstversorgung betreiben, und deren Inhaber zu kriminalisieren.
Bei Razzien in den Heimen, bei denen die Bullen häufig mit Schlüsseln, aber ohne Durchsuchungsbefehl auftauchen, ist es normal, daß Sachen der BewohnerInnen zerstört werden und willkürlich Geld geklaut wird mit der Begründung, es stamme aus dem Zigarettenhandel.

Auch auf der juristischen Ebene weiß die Arwobau sich zu helfen. Vier Bewohner des inzwischen geräumten und vergitterten Blocks C stellten bei Gericht einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen diese Aussperrung. Als vor zwei Wochen vor Gericht über diesen Antrag verhandelt werden sollte, tischte die Arwobau von den Antragstellern unterschriebene Erklärungen auf, daß diese ihren Antrag zurückziehen - wie sich später herausstellte, wurden die Betroffenen, als sie an der Rezeption ihre Post abholen wollten, gedrängt, ein Schriftstück zu unterschreiben, dessen Inhalt sie gar nicht verstanden.
Zu solchen Machenschaften paßt es auch gut, daß die Arwobau - und auch dies wiederum mit Unterstützung von Wachschutz und Bullerei - mitunter gegen einzelne UnterstützerInnen vorgeht und ihnen Hausverbot erteilt.
Der Öffentlichkeit gegenüber gibt sich die Arwobau sozial: den geräumten VietnamesInnen wurde die Beschaffung von Ersatzwohnraum versprochen; geschehen ist bisher nichts.
Durch diese Praktiken wird den VietnamesInnen ständig die Erfahrung der Rechtlosigkeit aufgezwungen; Widerstand soll sinnlos erscheinen.

Trotzdem haben inzwischen BewohnerInnen des Blocks B beschlossen, sich dem anstehenden Rausschmiß zu widersetzen. Über 20 MieterInnen haben gegen die Kündigung juristisch Widerspruch erhoben, andere wollen ihre Wohnungen nicht zum Kündigungstermin verlassen.
Am kommenden Wochenende den 30.9 / 1.10. / 2.10 /3.10 ist mit massiven Drohungen und Schikanen der Arwobau-Mitarbeiter, dem Wachschutz und der Polizei zu rechnen. Es ist wichtig, daß sich möglichst viele Menschen in dieser Zeit im oder am Wonheim aufhalten und gegebenenfalls als ZeugInnen zur Verfügung stehen.
Am Freitag, den 29. 9. machen wir um 11 Uhr einen Aktion vor dem Verwaltungsgebäude der Arwobau in der Schulze-Boysen-Str. 35. Am Samstag den 30. 9. treffen wir uns um 18 Uhr im Hof des Wohnblocks in der Rhinstr. 105 (Bringt Fotoapparate und Verpflegung mit)

Kommt alle zur

KUNDGEBUNG
direkt vor der ARWOBAU
Schulze Boysen Straße 35
U-Bhf. Magdalenenstraße

Freitag, 29. 9. 1995 11:00 Uhr

TREFFEN
in dem Hof der
Rhinstraße 105
S-Bhf. Friedrichsfelde-Ost

Samstag, 30. 9. 1995 18 Uhr

Aktionsbündnis für Bleiberecht,
c/o Antirassistische Initiative,
Yorckstr.59, 1096665 Berlin, Tel. 7857281

HALLO LEUTE

Das ist das Begleit+Mobilisierungsprogramm für das bundesweite+internationale Treffen unabhängiger, freier.autonomer Radios vom 6-8.10. in der SfE + im Ex Wie in der letzten Interim berichtet machen wir einen konkreten Versuch ein Basis-Radio aufzubauen und eine Frequenz durchzusetzen. Das BURN-Festival ist der erste öffentliche Schritt an alle Basis-Gruppen heranzutreten um mit der Diskussion,Vernetzung und Durchsetzung "unseres" Radiosenders zu beginnen.Wir fordern darum hiermit alle politisch arbeitenden Gruppen auf sich in die praktische Arbeit miteinzubringen, denn das Basis-Radio wird nur so gut sein wie die Basis-Gruppen es machen.
Ihr könnt mit uns also vom 6-8.Oktober in der SfE und im Ex über das geplante Radio-Projekt reden.
Andere Kontaktmöglichkeiten sind unser Infotelefon in der Umweltbibliothek in der Schliemannstr.22 17-22 Uhr Tel.: 4455714. Jeden Mitwoch 18 Uhr ist bis auf weiteres uner Plenum mit anschließender Redaktionssitzung für Montags-sendung auf Kabel 92,6 UKW.
Ort : Weißbecker-Haus, Veranstaltungssaal 18 Uhr
Alle Gruppen die Beiträge noch für den 7.+8.Okt zu ihren Schwerpunktthemen über den Äther schicken möchten, (für diesen Zeitraum haben wir für teures Geld 48 Stunden auf UKW 94,8 eine Frequenz gemietet) wenden sich bitte schnellstens an die Redaktions 4 Mo-Fr 11-14 Uhr+Mo+Di 17-20 Uhr Tel. : Redaktion 4/ 251 85 39 (ThommY)

In diesem Sinne euer "Basisradio"-Projekt

Veranstaltungshinweise zum

B.U.R.N. - Festival

« Berliner unabhängige Radio-Nächte »

vom **6. - 8.10.1995**

Im Eimer
6.10. 23.00 Uhr
"Saturi" UK / *"Destroy after use"* (Ex-Headbutt) UK
7.10. 23.00 Uhr
"Electronauten" Berlin / *"Scum"* Berlin / *"Capt. Spacesex"* Berlin / *"Run Dog Run"* Norwegen

EX
7.10. 21.00 Uhr
"Ohne Gnade" Berlin / Party mit *DJ's Bookfield & Doc Virus*

Die Insel
6.10. 22.00 Uhr
Dark Friday unter dem Motto "Romantische Nacht", mit Filmen, DJs und Überraschungen,
7.10. 22.00 Uhr
"Visualzone" Party auf 3 Ebenen mit DJ's Mitch, Kriton, Tillmann, F.o.F.-project, Intrepid traveller, Contruction of sound und The Famous Radisson L.

KdW
6.10. 21.30 Uhr
"Freicore" Berlin
7.10. 21.30 Uhr
"Waldorf & Statler" Hamburg / *"Knochengirl"* Berlin

KOB
6.10. 21.00 Uhr
"Goo-Goo-Bar" mit *"Vermooste Vlöten"* Berlin / *"Phleipo & the 10.000 Supernovas"* Berlin / *"Alcohole"* Berlin / *"Streetset"* Berlin / *"Flanell cakes"* Berlin / *"T.I.P"* Berlin
8.10. ab 12.00 Uhr
Frühstücks-Buffet mit Video *"Negativland"*
(Anti-Medien-Projekt aus Kalifornien)

Køpy
6.10. ab 22.00 Uhr *"Fleisch"* Zürich / *"House of Suffering"* Köln

Kulturbrauerei
"Junge Welt"-Jubiläumsparty

Pfefferberg
6.10. 21.00 Uhr
"Die Milieunaere" Berlin / ***"Die Skeptiker"*** Berlin & Special Guests
8.10. 21.00 Uhr
Ska-Special mit *"Banana Peel Slippers"* Köln / *"The Beatbusters"* Niederlande

Schoko-laden
7.10. 20.00 Uhr *"Pizza-Brain"* Hamburg

Supamolli
6.10. 21.00 Uhr
"Creatures of Hollywood Hills" Göttingen / *"Culture Slam"* Göttingen / *"Isabel's Pain"* Finnland
7.10. 21.00 Uhr *"V-Mann-Joe"* Berlin

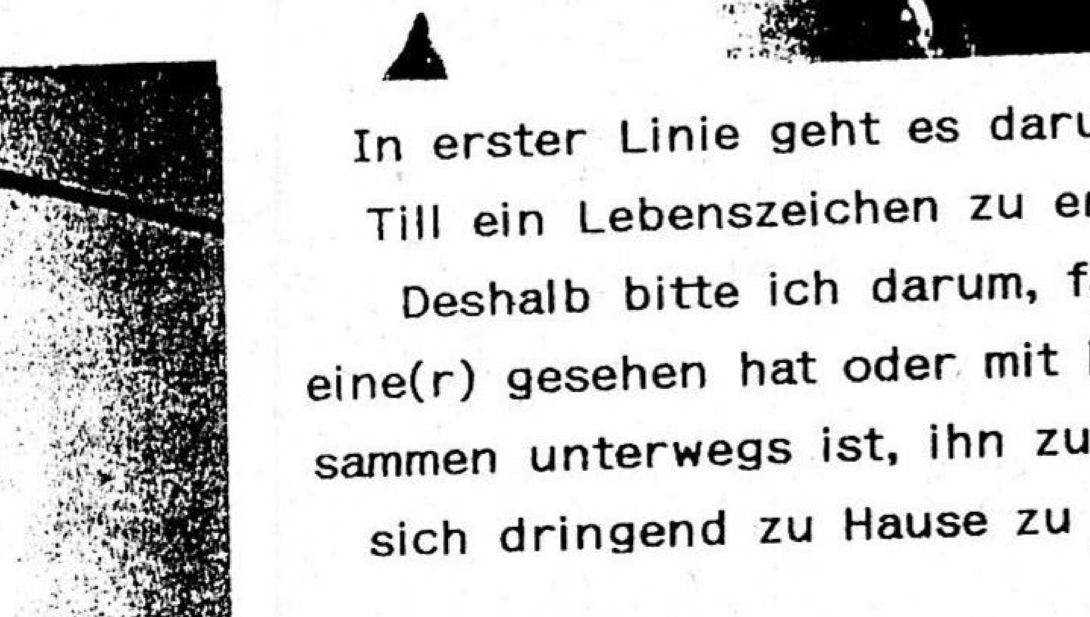
Tommy Weissbecker Haus
7.10. 20.00 Uhr
"But Alive" Hamburg / *"Dritte Wahl"* Rostock / *"Die Unbezahlbaren"* Kiel

Wer hat Till Kratzsch gesehen?

Er wird seit dem 17.7.95 vermißt.
Till ist 13 Jahre alt, 164 cm groß
und hat blaue Augen.

Wir vermuten, daß er sich in Autonomen-, Antifa- oder Punkkreisen aufhält. Es könnte aber genauso gut sein, daß er tot ist. Ungewißheit ist unerträglich, deshalb meldet euch auf jeden Fall, wenn ihr Till gesehen habt oder wißt, wie es ihm geht. Zumindest sagt ihm, daß er sich unbedingt zu Hause melden soll.
Mögliche Aufenthaltsorte wären Berlin, Bielefeld, Köln oder Amsterdam.





In erster Linie geht es darum, von Till ein Lebenszeichen zu erhalten.
Deshalb bitte ich darum, falls ihn eine(r) gesehen hat oder mit ihm zusammen unterwegs ist, ihn zu bitten, sich dringend zu Hause zu melden.

Die Mutter von Till

Claudia Kratzsch
Schröderstr. 15
10115 Berlin
Tel.: 030 / 281 76 94



Einladung zum Großen Erfurter Zapfenstreich
Montag 9. Oktober 1995

Im Rahmen der Feierlichkeiten 40 Jahre Bundeswehr (JA Morden - wir sind immer noch da) findet bei Anbruch der Abenddämmerung (18 Uhr) auf dem Domplatz in Erfurt eine öffentliche Vereidigung mit großem Zapfenstreich statt. Am Nachmittag des gleichen Tages möchten Reisegruppen aus Berlin (z.B Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär) starten um die Veranstaltung der Bundeswehr musikalisch zu bereichern mit der Absicht den anwesenden Offizieren und Generälen einen herzlichen Gruß zu überbringen. Bitte ruft in der Kampagne an und hinterlaßt eure Telefonnummer oder meldet euch eine Woche vorher noch mal um die genaue Abfahrtszeit der Omnibusse zu erfragen.

Tel.: 61500530

Bring the war home ...

In the name of the campaign
Martin Hantke

PS: Erfurt ist die Hauptstadt des neuen Bundeslandes Thüringen, dessen BewohnerInnen für den Empfang schon ihr zahlreiches Erscheinen zugesagt haben

Gewalt bei Protest gegen Atompläne für Gorleben

GORLEBEN (dpa). Begleitet von gewalttätigen Ausschreitungen haben am Sonntag rund 600 Menschen in Gorleben gegen die weitere Erkundung des Salzstocks als atomares Endlager demonstriert. Nach einer Kundgebung umringten Demonstranten nach Darstellung der Polizei das Erkundungsgelände und zerschnitten an mehreren Stellen den Maschendrahtzaun zur Baustelle. Dabei seien auch Gegenstände über den Zaun geworfen und Nebeltöpfe entzündet worden, hieß es. Die Beamten setzten Schlagstöcke ein und drängten die Demonstranten zurück. Drei Personen wurden vorläufig festgenommen, ein Polizist erlitt eine Verletzung am Fuß. Nach Berichten von Augenzeugen waren etwa sieben Hundertschaften Polizei am Ort.

Pläne für Tunnel unter dem Tiergarten amtlich

Erster Spatenstich am 13. Oktober

BERLIN (kt). Jetzt ist es amtlich: Am 13. Oktober kann Bundeskanzler Kohl die erste Schaufel für den Bau des Eisenbahn- und Straßentunnels unter dem Spreebogen, wo das Kanzleramt entsteht, und unter dem Tiergarten schwingen. Das Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen. Der Beschluß liegt vom 29. September an im Büro der Senatsbauverwaltung an der Möckernstraße 26 in Kreuzberg aus. Gegen den Beschluß kann beim Bundesverwaltungsgericht innerhalb eines Monats nach dem Ende der Auslegung am 12. Oktober geklagt werden. Gegner des Projekts haben bereits juristische Schritte angekündigt.

Die viergleisige Nord-Süd-Röhre für die Bahn und der Straßentunnel, der die Entlastungsstraße ersetzen soll, sind der Kernpunkt des Bahn- und Verkehrskonzeptes für die Stadt. Mit dem Tunnel soll am ehemaligen Lehrter Bahnhof ein neuer Umsteigebahnhof zur oberirdischen Ost-West-Stadtbahn entstehen („Zentralbahnhof"). Weitere Bahnhöfe sind an der Papestraße und in Gesundbrunnen vorgesehen. Das Vier-Milliarden-Mark-Projekt steht unter Zeitdruck, denn neben dem Kanzleramt soll die Tunneldecke bis 1998 geschlossen sein, damit die Regierungsbauten ungestört errichtet werden können.

Solidaritäts-Kundgebung für russische ArbeiterInnen-Freitag 29.Sept.'95 10°°Uhr

Im August 1995 kam es in den beiden weißrussischen Städten Minsk und Gomel zu Streikaktionen der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe sowie eines Produktionsbetriebes in Minsk. Dabei setzte der weißrussische Präsident Lukaschenko massive Polizeikräfte ein. So wollten Trolley-BusfahrerInnen in Gomel zwei Trolley-Busstationen besetzen, wurden jedoch durch die martialischen Polzeikräfte unterbunden um schlimmeres zu verhindern. Ihre Hauptforderungen waren Lohnerhöhungen sowie die Absetzung der Betriebsleitungen. Sie hatten öfters schon Forderungen abgelehnt. Aus den gleichen Gründen kam es zu Streikaktionen in Minsk. Die soziale und ökonomische Lage ist in Weißrußland und anderen GUS-Ländern miserabel.Viele Streikende wurden entlassen.Ein Dutzend Gewerkschafts-AtivistInnen wurden festgenommen und müßen mit hohen Prozeßkosten rechnen, da der weißrussische Präsident Lukaschenko diese Betriebe als "strategisch wichtig" empfand. Der Hintergrund dabei ist - ausländische Investoren zu gewinnen- und so soll (nicht nur) in Weißrußland "Ruhe und Ordnung herrschen"!



Deshalb rufen wir zu einer internationalen Solidaritäts-Kundgebung vor der russischen Botschaft unter den Linden auf um die Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu unterstützen:- Freilassung der Verhafteten ohne jegliche Vorbedingungen- Einstellung aller Gerichtsprozeße- Wiedereinstellung aller Entlassenen- Erfüllung der sozialen und ökonomischen Forderungen.



Hoch die internationale Solidarität!
& antinationale

Treffpunkt ist am Freitag den 29. September 1995 am Brandenburger Tor - siehe rot/schwarze Fahne um anschließend zur russischen Botschaft unter den Linden zu gehen.Gleichfalls soll in der belo-bzw. weißrussischen Botschaft eine Unterschriften-Liste an die weißrussische Regierung übergeben werden.

IAA Freitag den 29.September 1995 um 10 Uhr! FAU
V.i.S.d.P. B.Akunin Goldmannstr.25 1o559 Berlin

PROZESS

Am 29.9.95 soll im Amtsgericht Tiergarten 3 Männer und 1 Frau der Prozess gemacht werden. Die vier werden beschuldigt mitte letzten Jahres ,nach dem Mord an Halim Dener (erschossen von einem deutschen Polizisten) an einer Sprühaktion beteilligt gewesen zu sein,welche sich gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die antikurdische Repressionswelle in der BRD und
gegen die Kooperation der beiden Staaten(Deutschland/Türkei) im Kampf gegen das Kurdische Volk richtete.

Nach einem mehr monatigem Ermittlungsverfahren ;in derem Zuge 2Wohnungen vom Staatsschutz durchsucht wurden, sind sie nun der Sachbeschädigung und Volksverhetzung angeklagt.

Wir halten es für wichtig das viele Menschen zum Prozess kommen um auf diese Art der Kriminalisierung aufmerksam zu machen.

Kommt zahlreich,seit laut und zeigt ihnen, daß wir ihre Repressionen nicht stillschweigend schlucken!!!!

WIR FODERN STRAFFREIHEIT FÜR DIE VIER ANGEKLAGTEN UND ALLEN ANDEREN VERFOLGTEN ANTIFAS!!!!

PROZESSBEGINN IST AM 29.9. UM 9.00 UHR, IM AG TIERGARTEN ZIMMER 572



Diese Dokumentation wurde anläßlich der Anhörung der BRD-Regierung vor dem UN-Menschenrechtsausschuß geschrieben. Gegenstand der Anhörung war u. a. die Einhaltung des Rechts auf Leben, des Folterverbots sowie des Rechts auf einen fairen Prozeß.
In der Kritik der BRD-öffiziösen Stellungnahme wird am Beispiel der Todesschüsse, der Isolationshaft an politischen Gefangenen und der Eingriffe in das Verteidigungsrecht nachgewiesen, daß die BRD-Regierung die Bestimmungen des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte" bei der Verfolgung ihrer politischen Gegner fortwährend verletzt.
In einem umfangreichen Anhang sind die wichtigsten richterlichen Anordnungen zur Isolationshaft, zahlreiche Berichte von Gefangenen sowie Hungerstreikerklärungen zusammengestellt.
So ist die Dokumentation vor allem eins: authentische Information über die Haftbedingungen politischer Gefangener in den bundesdeutschen Knästen – nicht um die Situation zur Kenntnis zu nehmen, sondern um für ihre Veränderung einzutreten.

Verlag Rote Säge
Falckensteinstraße 46
10997 Berlin
Tel. 030/618 21 58
ISBN 3-931591-00-X
DM 24,80

Überschüsse des Buchverkaufs kommen dem Spendenkonto der Angehörigen und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD zugute:
Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01,
Konto-Nr. 54 54 194









Mo., 2.10. ab 9h
Infotisch und Schlafplatzvermittlung
15h Eröffnungsplenum

Mittwoch bis Freitag 9 - 20h
Workshops und Diskussionen

OBERSTUFENZENTRUM
DANCKELMANNSTR 26
(U) KAISERDAMM



Mo., 2.10. ab 20h
Eröffnungsparty
der Lesbenwoche
mit Live-Programm und
Disco ab 23h

Sa., 7.10 Abschlussparty

SO 36
ORANIENSTR 190
(U) KOTTBUSSER TOR

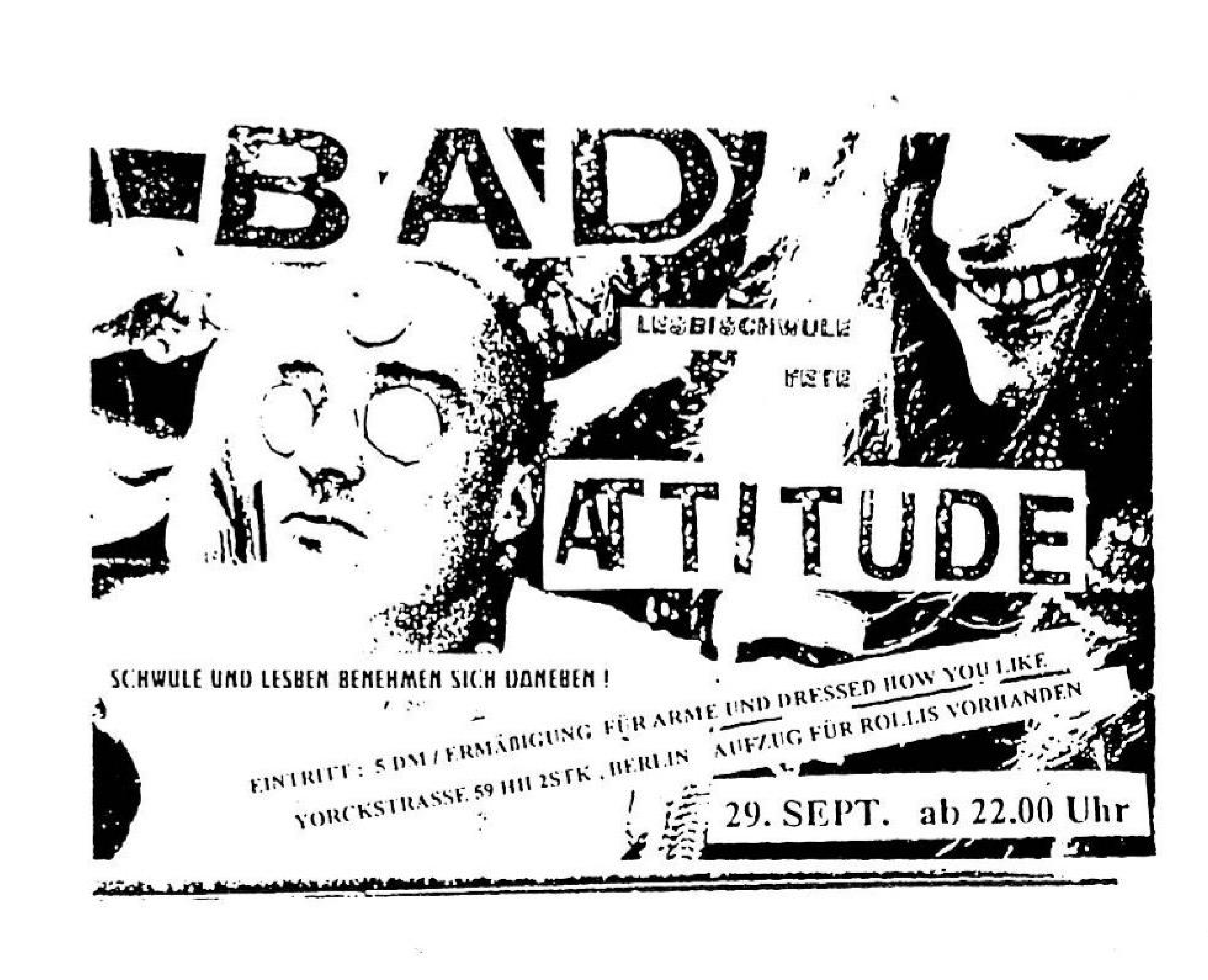


Di., 3.10 ab 10h Frühstück, Infotisch
20h Veranstaltung von FARA
Mi., 4.10 18h "Lantad" (Philippinen)
Do., 5.10 20h Film m. anschliessender Diskussion über Cuba
Fr., 6.10 ab 20h Lesbenparty
Di. - Fr. nur für ♀♀, jeden Tag ab 10h

EX
GNEISENAUSTR 2a
(U) MEHRINGDAMM

Schwerpunkt: Gegen Diskriminierung von Krüppellesben/Lesben mit "Behinderungen"





2.10.95 Demo gegen Faschismus und Klassenjustiz in Göttingen. 17.30 Markt Gänseliesel. Ab 12.30 findet dort eine Agit-Prop-Aktion statt.


Eröffnungsparty
Lesbenwoche
Montag 2.10.95
ab 20h
Conferencière:
Fräulein Kaiserin
Akrobatiktheater:
Frau RadAb
Tante Chaos
Kusine Kaputt
Trapez
Theater
DJane: Robin + Annelie
Eintrittspreis: 8-15 DM
SO36
Oranienstrasse 190
U-Bhf. Kottbusser Tor
rolligerecht